

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Brief... monatlich 1,30 RM... wöchentlich 30 Pf... mit dem Postamt...

Erchelet Walle.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Donnerstag, den 8. März 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Vertriebspreis: Amt. Worioplan, Nr. 151 90-151 97.

Vertriebspreis: Amt. Worioplan, Nr. 151 90-151 97.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgealtene Kolon... für politische und gewerkschaftliche...

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Rückgang der neutralen Schiffahrt.

Französischer Angriff am Caennères-Wald — Fünfzehn feindliche Flugzeuge abgeschossen — Englische Vorstöße am Bardar.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 7. März 1917. (W. I. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

An der Scarpe, beiderseits von Ancre und Somme, in der Champagne und auf dem Hüster der Maas herrscht gestern rege Artillerietätigkeit; mehrfach kam es auch zu Gefechten von Aufklärungsteilungen mit der Grubensicherung.

Abends griffen die Franzosen an der Nordostfront von Verdun unsere neuen Stellungslinien am Caennères-Wald an; sie sind durch Feuer abgewiesen worden.

Alarcs Wetter begünstigte die Flieger in Erfüllung ihrer Aufgaben. In zahlreichen Luftkämpfen sind fünfzehn feindliche Flugzeuge abgeschossen worden. Wir haben durch gegnerische Einwirkung ein Flugzeug verloren.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Ostsee und Schwarzem Meer ist bei nachlassender Kälte in einzelnen Abschnitten das Feuer lebhafter geworden; die Tätigkeit der Infanterie blieb noch gering.

Mazedonische Front.

Zwischen Bardar und Dojran-See und in der Struma-Niederung schlugen unsere Truppen Vorstöße englischer Kampfglieder durch.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 7. März. Abends.

Von Westen und Osten keine größeren Kampfhandlungen gemeldet.

Der österreichische Bericht.

Wien, 7. März 1917. (W. I. B.) Amtlich wird veröffentlicht:

Ostlicher und südöstlicher Kriegsschauplatz. Unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Tizoler Front fanden in mehreren Abschnitten Gefechte mit günstigem Ausgang für unsere Waffen statt. Eine feindliche Abteilung, die gegen unsere Stellungen an der Mündung des Masobaches vorging, wurde vertrieben.

Zwei Nachtangriffe der Italiener auf unsere Eschabella-Stellungen scheiterten an zähen Widerstand unserer Truppen. Ein feindlicher Angriffsvorstoß gegen den Monte Sief drach schon in unserem Sperrfeuer zusammen. Die dortige Sprengung, die unseren Stellungen galt, hat nur die italienischen beschädigt. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Puster, Feldmarschallentant.

Wilson's Fehlschlag.

Präsident Wilson's Entschlossenheit ist auf starken Widerstand gestoßen. Man war versucht, bei Beginn seiner neuen Amtsperiode von einer Weltkrieg-Präsidentenschaft zu sprechen. Das wäre überreilt gewesen, wenn auch die Aussicht, die fast sicher zu der Bezeichnung berechtigt, nichts von ihrem Unheilbrochen verloren hat.

Die New Yorker Börse vertraut Wilson in dieser Hinsicht unbedingt, denn nach dem neuesten Bericht blieb sie „recht fest“, da man, wie es heißt, glaube, daß er doch noch Wege finden werde, um die Bewaffnung durchzusetzen. Nach einer alternativen Meldung aus Washington berichtet die „United Press“ sogar, Wilson habe tatsächlich bereits den Befehl zur sofortigen Bewaffnung der Handelschiffe unterzeichnet, und die „New York World“ soll mitgeteilt haben, der Generalprokurator habe entschieden, Wilson sei befugt, so zu handeln. Gewiß ist, daß an solchem Vorgehen jenseits wie diesseits der großen, von deutschen U-Booten durchführten Wasserwege mächtige politische Kräfte ein großes Interesse haben, und ebenso gewiß ist, daß, wie sich zeigte, die Börse schon an solchen

Rachrichten sehr interessiert ist. Ob sie aber Tatsachen melden, muß denn doch noch abgewartet werden.

Heber die Lage in Amerika geben folgende Telegramme Auskunft. Der „Frankfurter Zeitung“ wird mitgeteilt:

New York, 7. März. Wegen des von den Juristen entdeckten alten Gesetzes, das den Handelschiffen verbietet, Widerstand gegen Kriegsschiffe befreundeter Nationen zu leisten, ist jetzt die Lage so, daß, selbst wenn es den Juristen noch gelänge, einen Weg zu finden, der Wilson zu handeln gestatte, die Anwesenheit sich noch wochenlang hinzuziehen kann, da der Kongreß seine Zustimmung zu geben hat. Das Repräsentantenhaus hat sich aber noch nicht konstituiert, und da beide Parteien sich ziemlich die Waage halten, werden die Kämpfe um den Vorstoß einige Zeit in Anspruch nehmen.

Der Vorschlag Wilson, daß der Senat seine Geschäftseröffnung ändern soll, sieht auf Widerspruch, da man im Senat niemals einen Schluß der Debatte kannte. Das Publikum ist im allgemeinen ruhig. Die von Berlin mitgeteilte Annahme, daß im Falle eines Krieges Mexiko, Kuba und die Philippinen gegen die Vereinigten Staaten gehen würden, wird als lächerlich betrachtet.

Washington, 6. März. (Neuermeldung.) Senator Lodge wollte im Senat von neuem die Bill über die bewaffnete Neutralität einbringen, aber der Vorsitzende erklärte, daß sich der Kongreß nicht in Session befindet. Mehrere Senatoren meldeten ihre Absicht an, eine Reform der Geschäftsordnung des Senats vorzuschlagen. Wilson befragte seine juristischen Berater, ob er die Machtvollkommenheit befähige, Handelschiffe bewaffnen zu lassen. Danach suchte er Lauffug und Denkleid auf.

Lugano, 7. März. (I. U.) Nach Berichten des Londoner Korrespondenten des „Secolo“ befürchtet man in den englischen politischen Kreisen eine konstitutionelle Krise in Washington, selbst wenn Wilson sofort einen neuen Kongreß einberufen zur Annahme von Maßnahmen, welche eine zukünftige Obstruktion unmöglich machen sollen. Die Minorität werde auch dann gegen die neuen Vorschläge ihre Politik der Verschleppung betreiben. Die Mobilisierungsvorlage werde dadurch jedenfalls längere Zeit verzögert werden können.

Comper's als Leiter des amerikanischen Kriegskomitees.

Konstantinopel, 7. März. Der Pariser Korrespondent des „Politiken“ berichtet: Aus Washington wird mitgeteilt, daß bei der Ernennung des im Ganzen begriffenen Kriegskomitees die politische Parteilichkeit ohne Einfluß sein soll. Das Komitee wird aus dem Präsidenten Wilson, den Mitgliedern des Kabinetts und 200 Vertretern des Berufsstandes, der Finanzen u. a. m. bestehen. Vorsitzende des Komitees werden der Präsident der Baltimore- und Ohio-Bahnen, Daniel Willard und der Gewerkschaftsführer Comper sein. Der erstere wird die Transportverhältnisse, und Comper's die Arbeitsabteilung des Komitees leiten.

Wieder 40 000 Tonnen im Mittelmeer versenkt.

Berlin, 7. März. Amtlich. Im Mittelmeer wurden versenkt: Acht Dampfer und sieben Segler mit zusammen über 40 000 Tonnen, darunter am 19. Februar ein schwer beladener Transportdampfer von etwa 8 000 Tonnen bei Porto d'Anzio, am 20. Februar der norwegische Dampfer Doravone, 2760 Tonnen, mit Stückgut von Genua nach London, am 22. Februar vier italienische Segler mit Kohlen und Lebensmitteln nach Italien, am 24. Februar südlich von Areta ein mit 70 Zentimeter-Geschütz bewaffneter, von Fischdampfern gesicherter Transportdampfer von etwa 3 000 Tonnen und der griechische Dampfer Nicolis, 2 918 Tonnen, mit Baumwollsaat nach England; am 26. Februar der bewaffnete englische Dampfer Glam Farquham, 5 353 Tonnen, mit Baumwolle, Tee und Zute nach England; am 27. Februar der bewaffnete englische Dampfer Brodmors, 4 071 Tonnen, mit gefrorenem Fleisch nach England. Ein Kapitän und zwei Maschinisten wurden gefangen genommen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Verringerung der neutralen Schiffahrt.

Berlin, 7. März. Die sehr der uneingeschränkte U-Boot-Krieg auch die Verringerung der neutralen Schiffahrt verursacht, geht aus den Statistiken über Schiffahrtsverkehr der neutralen Häfen hervor. In der Woche vom 25. Februar bis 3. März 1917 liefen laut „Nieuwe Rotterdamse Courant“ vom 4. im Rotterdammer Hafen nur sieben Schiffe ein gegen 57 in der gleichen Woche des Vorjahres. Für 1914 war die Zahl noch 197 Schiffe.

Nach dem „Allgemeinen Handelsblatt“ vom 4. März kamen in derselben Woche in Amsterdam nur fünf Schiffe an gegen 26 im 1916.

Schorlemers Kriegserklärung.

Die Gegensätze, die sich nun schon seit geraumer Zeit in unserm Ernährungsweisen geltend machen und eine erträgliche Lösung der Frage verhindern, gelangten gestern im preussischen Abgeordnetenhaus zum vollen Ausdruck. Wir konnten wieder einmal einen Einblick in das Elend tun, das wie ein Fluch über einem jeden Zweig unserer Politik lastet: die Doppelregierung des deutschen Volkes, die das Reich, die Preußen.

Es ist kein Geheimnis und Scheidemann hat es erst kürzlich auch für den Unkundigsten offen genug im Reichstag ausgesprochen, daß zwischen den Reichsernährungsstellen und dem preussischen Landwirtschaftsministerium in der Ernährungsfrage die weitestgehenden Differenzen, nicht in nebensächlichen Dingen, sondern in der Grundauffassung bestehen. Die Ernährungsfrage ist ja nicht die einzige, in der die Ansichten auseinandergehen. Wir haben schwere Meinungskämpfe gehabt wegen der Verschärfung des U-Boot-Krieges, wir haben sie noch in der Frage der Kriegsziele und Annerkennung, um nur das Wichtigste herauszugreifen.

Entgegenstehende Anschauungen sind an sich noch kein Unglück. Wir erleben sie überall, auch bei unseren Gegnern in England, Frankreich, Rußland usw. haben sich während des Krieges und trotz des Krieges die heftigsten inneren Kämpfe abgespielt. Aber mit einem Unterschied: in diesen einheitlich regierten Ländern liegt entweder die eine Anschauung oder die andere, und dementsprechend wird nach dem einen oder dem andern Kurs regiert. Mag auch das tüchtig Empfehlenswerte durchdringen, es wird wenigstens strikte und konsequent durchgeführt; und das ist immer noch erträglicher, als wenn die besseren Grundsätze im Prinzip siegen, aber praktisch nicht zur Ausführung gelangen.

So aber ist der Zustand bei uns. Wenn in den Reichsstellen, bei der Reichsregierung und dem Reichstag ein Gedanke die Oberhand gewonnen hat, so ist damit der entgegenstehende keineswegs erledigt. Er flüchtet sich vielmehr in die preussischen Stellen und feiert im Dreiklassenparlament, im Herrenhaus und der preussischen Regierung fröhliche Urständ. Und das sind keineswegs Nachpositionen zweiter Ordnung, mögen sie auch formal erst hinter dem Reich kommen, denn Preußen hat den größten Teil der materiellen Machtmittel, hat namentlich die tatsächliche Durchführung der Reichsbeschlüsse in der Hand und ist so befähigt, dem Reich zu trotzen, seine Anordnungen zu durchkreuzen und seinen Beschlüssen Knäuel zwischen die Beine zu werfen.

So entsteht bei uns statt des Bildes einer Regierung das Bild einer Gegeneinanderregierung. Wir haben das schon bei früheren Konflikten gesehen, aber nirgends tritt dieser Zustand so froh und mit so sichtbar allgemeiner Schädlichkeit hervor wie in der Frage der Lebensmittelversorgung. Schon seit Monaten erzählt in der Öffentlichkeit einer dem anderen, daß das Reich seine Maßnahmen zur Ernährung der Bevölkerung nicht durchsetzen könne, weil der preussische Landwirtschaftsminister sich der Ausführung entgegenstemme. Der Reichskanzler hat im Reichstag in seiner Erwiderung auf Scheidemann's frächtige Worte diesen Zustand gelehrt, er hat den preussischen Landwirtschaftsminister in Saug genommen. Natürlich! Man wird doch nicht vor der Öffentlichkeit erklären, daß man sich in den Haaren legt. Aber die Tatsachen entscheiden.

Und gestern haben im preussischen Abgeordnetenhaus die Tatsachen gesprochen. Hier, an den Erwähnten des Dreiklassenwahlrechts und der Wahlkreisenteilung von 1856 hat Herr v. Schorlemer die Stütze seiner agrarischen Politik, hier hat er die Gefolgschaft und das Echo, das er braucht, wenn er den Reichsstellen, dem Kriegsernährungsamt, dem Reichskanzler und schließlich auch den Teilen der Bevölkerung, die zum Reich und Reichstag das größere Vertrauen haben, den Fehdehandschuh hinwirft.

Herr v. Schorlemer hat gestern seinem gepfeiften Herzen Luft gemacht und wahrlich kein Blatt vor den Mund geworfen. Er hat sogar versucht, Mitleid zu erregen und sich als den von den Reichsstellen in die Erde Gedrängten und beiseite Geschobenen hinzustellen. Er wird — o Schmerz — von nichts unterrichtet, selbst von der Eingabe der deutschen Gewerkschaften an den Reichskanzler und das Kriegsernährungsamt hätte Herr v. Schorlemer heute noch keine Ahnung, wenn er sie nicht zufällig — er sagte „gestern“ — im „Vorwärts“ gelesen hätte. (Da wie die Eingabe schon am 4. März veröffentlichten und sie von uns am 5. in fast alle größeren Blätter überging, so müssen wir annehmen, daß Herr v. Schorlemer Zeitungen durchschnittlich nur an jedem dritten Tag liest.) Im übrigen ist es allerdings sehr bedenklich, daß nicht nur zwischen der Reichsregierung und den Vereinigten Staaten, sondern auch dem preussischen Landwirtschaftsministerium und dem Reichs-

regierung die diplomatischen Beziehungen abgebrochen zu sein scheinen. Deshalb möchten wir den Gewerkschaften empfehlen, künftige Eingaben als Geheimfache an das auswärtige Amt zu schicken, dann werden sie sicher in kürzester Zeit in Amerika bekannt werden.

Abgesehen von diesem einen Punkt bewegte sich Herr von Schorlemer durchaus auf der Linie der „diplomatischen Offensive“. Man kann den Reichsstellen gewiss nicht den Vorwurf machen, daß sie in ihrer Ernährungspolitik zu stark die Interessen der Verbraucher berücksichtigen, aber immerhin haben sie doch den unerlösten Wünschen der Produzenten einen gewissen Widerstand entgegengesetzt. Dieser reine Produzentenstandpunkt hat sich dafür in der preussischen Forderung verbarstärkt und der preussische Landwirtschaftsminister leitete gestern einen seiner Ausfälle. Der lebhafteste Beifall, den er im Dreiklassenparlament fand, wundert uns nicht. Dort sitzen ja die Herren, die in Kundgebungen und Resolutionen fortgesetzt erklären, daß sie jedes Opfer, jede Leistung, jede Entbehrung auf sich nehmen wollen, daß sie alles dem Vaterlande hinzugeben bereit sind, und dann wieder durch den Mund des Herrn v. Kardorff verstanden: „man erhöhe den Kartoffelpreis von 1 auf 8 Mark, und das Unmögliche wird möglich.“ Diesen Herren mußte es natürlich aus der Seele gesprochen sein, wenn der Landwirtschaftsminister die Eingabe der Gewerkschaften als ein „Nachwort“ herunterpunkte und die Professoren anschie, welche sich „nicht entblödeten“ und „die Stirn besaßen“, an der Volkstümlichkeit seiner Politik zu zweifeln. Wie kann man auch an einem Landwirtschaftsminister zweifeln, welcher den Kartoffelpreis um 100 Proz. erhöhen will.

Nach Herrn von Schorlemer sprach der neuernannte Staatskommissar für die Ernährung Preußens, Herr Michaelis. Er leugnete wohl mit Worten, daß ihm Schwierigkeiten gemacht würden und daß Differenzen zwischen ihm und dem Landwirtschaftsminister beständen; aber aus dem Inhalt seiner Rede klang dafür um so deutlicher der scharfe sachliche Gegensatz hervor. Während Herr von Schorlemer in sehr billiger und bequemer Weise die jetzigen unheilvollen Ernährungszustände zur Hälfte auf den lieben Gott und zur andern Hälfte auf die bösen Engländer schiebt, sprach Herr Michaelis von einer erwiesenen weitverbreiteten Verfälschung des Brotgetreides an Vieh und von der Tatsache, daß die weniger haltbaren Nahrungsmittel, wie Eier, Milch, Obst usw. von ihren Erzeugern in ganz unverantwortlichen Mengen verzehrt würden, während die städtischen Verbraucher nichts erhielten. Herr Michaelis kündete ferner an, daß er die unzweifelhaft bei den Erzeugern noch vorhandenen Vorräte mit der größten Energie beschlagnahmen werde, eine Maßregel, die nach der Ansicht der „Produktionspolitiker“ vom Schlage Schorlemers gleichfalls verderblich ist, weil sie dem Landwirt die nötige „Lust“ zur Erzeugung nehme.

So klagt denn — trotz aller schönen Redensarten — sachlich zwischen den Reden des preussischen Landwirtschaftsministers und des vom Reich bestellten preussischen Ernährungskommissars ein unvereinbarer Widerspruch. Sie nahter und ungemildeter Produzentenstandpunkt, der alles Heil in einer wahnwitzigen Erhöhung der Erzeugerpreise sieht, dort eine Auffassung, die zwar auch noch dem Eigennutz gewisser Erzeuger weit mehr als nötig entgegenkommt, aber doch immerhin ein gewisses Verständnis für die ungeheure Kollage der unbemittelten Verbraucher erkennen läßt. Und keine beruhigenden Redensarten täuschen darüber hinweg, daß diese verschiedenen Standpunkte weiter miteinander im Streit liegen werden.

Herr Michaelis machte wohl den Eindruck eines energischen Mannes von sachlicher Entschlossenheit, aber auch Herr v. Schorlemer und die hinter ihm stehenden Kreise sind entschlossen. Und da der Vater der Hindernisse in den preussischen Institutionen seinen starken Rückhalt hat, so besteht kaum eine Aussicht, ihn zu besitzeln oder zu besiegen.

Wir werden in der Ernährungsfrage weiter das traurige Schauspiel erleben, daß das Reich einen Kurs einschlägt und daß Preußen ihn durchkreuzt. Die Leidtragenden sind die Verbraucher. Sie sind die Opfer des Gegeneinanderregierens und der daraus entstehenden Halbheit und Planlosigkeit aller Maßregeln. Der ungeheure Schaden des heutigen Systems der Doppelregierung des deutschen Volkes steht so klar vor unseren Augen. Es muß das Ziel unserer zukünftigen Politik sein, dieses Unheil aus der Welt zu schaffen und aus dem Deutschen Reich das zu machen, was es immer noch nicht ist: einen Einheitsstaat.

Der preussische Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer ergriff am Mittwoch im Abgeordnetenhaus die Gelegenheit, die gegen sein Ressort und gegen seine Person gerichteten Vorwürfe zurückzuweisen. Daß ihm das gelungen ist, wird er wohl selbst kaum zu glauben wagen. Aber auch diejenigen, die sachlich mit Herrn v. Schorlemer nicht übereinstimmen, werden anerkennen müssen, daß, rein formell betrachtet, seine Rede ein kleines Meisterstück war, ganz zugeschnitten auf die Stimmung des Forums, vor dem er sprach, so daß der demonstrative Beifall, den ihm die Rechte am Schluß spendete, nicht überraschend kam. Auf eine Widerlegung der gegen ihn erhobenen Angriffe ließ er sich kaum ein. Getreu dem Sage, daß der Dieb der beste Angriff ist, holte er zum Gegenstoß gegen alle die aus, die, sei es in der Presse, sei es im Parlament, sich an seine geistliche Person herangewagt hatten.

Eine solche Plucht eines Ministers an die Öffentlichkeit ist seit den Zeiten des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Frhrn. Marschall v. Bieberstein in einem deutschen Parlament noch nicht vorgekommen. Nur zweierlei ist möglich: entweder hält Herr v. Schorlemer seine Position für so besitzig, daß er sich alles erlauben zu können wähnt, oder aber die Tage seiner Ministerherrlichkeit sind gezählt, und er benutzt noch einmal, vielleicht zum letzten Male, die Möglichkeit, frei von der Leber zu reden. Schon die nächste Zeit muß Klarheit schaffen, ob Herr v. Schorlemer sein Schwanengesang gesungen hat oder ob er zu einem höheren Posten auszuweichen ist.

Wohlwendig noch von diesen Tönen die Rede ab, mit der sich der Landwirtschaftsminister Michaelis in seiner neuen Eigenschaft als Staatskommissar für die Ernährungsfragen dem Hause vorstellte. Kein Zweifel, Herr Michaelis kennt den Ernst der Lage in vollem Umfange, er beschämt nicht, und wenn nicht alles läßt, ist er entschlossen, mit seiner Hand durchzugreifen. Ein Amt, das ein Schwerk ohne Schärfe ist, übernimmt er nicht, er will unbedingt von äußeren Einflüssen den Mißständen zu Leibe gehen, gleichviel ob er Gemeinden oder Landwirte, die ihre Pflicht nicht erfüllen, zur Ordnung rufen muß. Daß er auch Landwirten ihre Sünden vorhält, hat die Herren auf der Rechten arg verschimpft. Vorläufig beweisen sie ihm die Mißfalle durch eifriges Schweigen, aber wer die preussischen Konfessionen kennt, der weiß, daß der Ernährungskommissar keinen leichten Stand haben wird.

Bei dem großen Eindruck, den die beiden Reden vom Ministerlich herbarziefen, verloren naturgemäß die der Redner aus dem Hause an Interesse. Und doch wird man gut tun, sich das, was die Vertreter des Volkes sagten, genau zu merken, sowohl die Ausführungen derjenigen, die wie Abg. v. Kardorff (Fl.) noch höhere Preise für Lebensmittel forderten, als auch derer, die wie der Abg. Söfer (Sog. Arb.) agrarischen Wünschen entgegentraten.

Bau von Zeppelin.

Berlin, 7. März. (B. Z. V.) Von seiten der Entente-Prese wurde in letzter Zeit wiederholt das Gerücht in die Welt gesetzt, daß der Bau von Zeppelinluftschiffen wegen Materialmangels beschränkt oder ganz eingestellt sei. Diesen Meldungen liegt lediglich der fromme Wunsch, daß es so sein möchte, zugrunde. Der Bau von Zeppelinluftschiffen wird nach wie vor mit allen Mitteln betrieben. Weder ist die Bautätigkeit auf irgend einer Wert eingeschränkt, noch die Entlassung von Arbeitern erfolgt oder beabsichtigt. Rohstoffe sind in genügender Menge vorhanden.

Der Krieg auf den Meeren.

Prinzeß Melita entwannt sich und fährt ein. Haag, 7. März. Der englische Handelsdampfer Prinzeß Melita, der gestern abend, weil er bewaffnet war, wieder in See gehen mußte, ist heute früh, nachdem er Geschütze und Lafette über Bord geworfen hatte, noch einmal in Nieuwe Waterweg eingefahren und hat die Reise nach Rotterdam fortgesetzt.

Nach einer anderen Meldung soll der Dampfer Prinzeß Melita, nachdem er Wasser und Proviant eingenommen hatte, wieder nach England abgefahren sein.

Ueber die Stellungnahme Hollands gegenüber bewaffneten Handelsschiffen gibt das von der holländischen Regierung im Oktober 1915 veröffentlichte Ordnungsbuch Auskunft. — Hiermit vertritt die holländische Regierung den Standpunkt, daß es aus Gründen der Neutralität ihre Pflicht sei, bewaffnete Handelsschiffe unter die durch Artikel 4 der niederländischen Neutralitätsdeklaration als den Kriegsschiffen gleichgestellte Fahrzeuge zu rechnen. Ihnen ist somit der Zutritt zu den niederländischen Hoheitsgewässern grundsätzlich verboten.

Ausnahmen werden nur in den in der Neutralitätserklärung ausdrücklich aufgeführten Fällen, Gavarren oder Seerott, gestattet. Mangel an Wasser oder an Bord ausgebrochene Krankheit sind dagegen keine Gründe, die das Einlaufen in niederländisches Hoheitsgebiet rechtfertigen. Ein solches Schiff würde nur dann nicht zu internieren sein, wenn es, wie bei den verschiedenen Fällen des Verührens holländischer Gewässer durch deutsche Unterseeboote u. a. b. i. s. i. c. in die holländischen Hoheitsgewässer geraten wäre, denn dann läge eine Verletzung des Artikels 4, der klar und bestimmt die Abfuhr des Einlaufens voraussetzt, nicht vor.

Seesperre und Versenkungen.

Haag, 7. März. Der „Frankfurter Zeitung“ wird berichtet: Das torpedierte englische Dampfschiff Copenhagen, das den Dienst nach Harwich versah, war von mehreren Torpedobooten begleitet worden, bis es von einem deutschen U-Boot torpediert wurde. Das Schiff soll angeblich noch treiben.

Hamburg, 7. März. Wie ergänzend gemeldet wird, ist der als Brille nach Hamburg eingebrachte Dampfer Sivingtons norwegischer Rationalität.

Rotterdam, 7. März. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt: Wir hatten gestern gemeldet, daß der englische Dampfer Persend (6728 Tonnen) bei Colombs versenkt worden ist. Das Schiff befand sich auf dem Wege von Durban nach Japan. Wie das Blatt nun vernimmt, ist bereits früher der als verloren gemeldete englische Dampfer Worcestershire (7178 Tonnen) gleichfalls in der Gegend von Colombs versenkt worden. Anlässlich dieser Ereignisse sind die Prämien für Schiffversicherungen in der indischen Schifffahrt bedeutend in die Höhe gegangen und haben einen bedrohlichen Charakter für dieselbe angenommen. Das Blatt gibt der Vermutung Ausdruck, daß die Röhre II in dieser Gegend an der Arbeit gewesen ist.

Bern, 7. März. Die „Corriere della Sera“ aus Rom meldet, befohlen das Marineministerium, in Zukunft von täglichen Veröffentlichungen der Versenkungen durch U-Boote abzusehen, die Zahl der versenkten Schiffe werde zukünftig zu Beginn einer jeden Woche bekanntgegeben.

Englische Erleichterungen für holländische Amerika-fahrer.

Haag, 7. März. Der Niederländische Ueberseetrust teilt mit, daß die britische Regierung wieder einigen holländischen Schiffen gestattet hat, ohne einen englischen Hafen anzulassen, über Halifax nach Nordamerika auszufahren.

Das Korrespondenzbureau meldet, daß weder der Niederländische Ueberseetrust, noch die Reedereien für die neue Regelung der holländischen Schifffahrt, nach der die Schiffe nicht mehr Häfen in England anzulassen brauchen, der englischen Regierung irgendwelche neue Zugeständnisse eingeräumt haben.

London, 7. März. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Einige holländische Zeitungen tadeln die jüngste englische Ordnung in o. o. n. o. i. l. und behaupten, daß England die holländischen Schiffe zu zwingen veruche, sich den Gefahren des deutschen Unterseeboottkrieges auszusetzen ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Interessen Hollands.

Das Reutersche Bureau erzählt, daß nach der Meinung der unterrichteter englischer Kreise diese Auslegung durchaus partiell sei. Nach der deutschen Erklärung des uneingeschränkten Unterseeboottkrieges sowohl gegen die Kriegführenden als auch gegen die Neutralen sei es für England eine zwingende Pflicht gewesen, Schritte zu tun, um dem deutschen Plane entgegenzuwirken, der dahin ging, die Neutralen zu zwingen, in Deutschlands Interesse zu handeln, Deutschland gebe zu, daß es die neutrale Schifffahrt von der See zu vertreiben wünsche, um den für die Verteidigung von Großbritannien stehenden Schiffsraum der Welt zu vermindern. Wenn Holland dieses Vorgehen dulde, indem es sich bei diesem unrechtmäßigen Unterseeboottkrieg gegen die Neutralen beruhige, ohne mehr zu tun, als einen lahmnen Protest zu erheben, so spiele es das Spiel Deutschlands und könne nicht erwarten, bei England Entgegenkommen oder Beachtung zu finden.

Auch aus dieser Kundgebung „unterrichteter englischer Kreise“ ist zu schließen, daß es sich bei den Erleichterungen, die der Niederländische Ueberseetrust erfahren hat, lediglich um Rücksichten auf den großen Neutralen Amerika handeln wird. Der Ueberseetrust hat zudem, wie seine Mitteilung deutlich erkennen läßt, die gleiche „Erleichterung“ längst vorweg bezogen.

Dänemark verbietet Schiffsnachrichten.

Kopenhagen, 6. März. Das dänische Justizministerium veröffentlicht heute eine Bekanntmachung, wonach es von jetzt ab bei Strafe verboten ist, in Wort oder Schrift Meldungen über Bewegungen von Schiffen zu verbreiten, die von oder nach Dänemark unterwegs sind sowie Angaben darüber, welche Schiffe sich in dänischen Häfen befinden, dort löschen oder laden, von dort abgehen oder dort ankommen.

Die amerikanische Petroleumzufuhr sinkt.

Haag, 7. März. Die großen Petroleumimporteure haben mit Rücksicht auf die Verzögerung der Seetransporte und die Unsicherheit der Zufuhr beschlossen, vorläufig nur 75 Proz. der Petroleummenge an ihre Abnehmer zu liefern, die sie in derselben Periode des Jahres 1916 lieferten.

Soll das Böttlein „vorläufig“ auf eine weitere Herabsetzung des Quantums vorbereitet?

Spanien verkauft keine Schiffe an England.

Madrid, 7. März. Die nach auswärts verbreiteten Nachrichten, daß die spanische Regierung den Verkauf eines Teiles der Handelsflotte in Bilbao an England gestattet habe, ist nicht zutreffend. Die Regierung hat diesen Verkauf nicht gestattet.

China zwischen Krieg und Frieden.

Die Wahrheit ist, daß in Deutschland über China „ein Gewisses nicht bekannt“ ist. „Kölnische“ und „Frankfurter Zeitung“ lassen sich aus Berlin drahten, daß einflussreiche Chinesen im Interesse ihres Landes den Bruch mit Deutschland am liebsten vermieden sehen möchten. Auch der Präsident dürfte den Flug Zögernden zugurechnen sein. Aber die Zehnerhändler haben den ungeheuren Vorteil des freien Verkehrs und der finanziellen Bruchmittel. Ihr nächstes Ziel ist, durch chinesische Mittelleute Präsidenten und Regierung in eine Linie gegen Deutschland zu bringen. Die „Times“ meldet aus Petersburg vom Sonntag: Die Vorsitzenden beider Häuser des chinesischen Parlaments besuchten den Präsidenten aus Anlaß der Ministerkrise. Sie teilten ihm mit, er habe den allgemeinen Wunsch des Parlaments falsch aufgefaßt, und werde nun energisch versuchen, um eine Versöhnung zwischen den Parteien und dem Ministerpräsidenten herbeizuführen. Wie verlautet, ist die große Mehrheit des Parlaments für den baldigen Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland.

Wenn sich China auf Seite des Weltbundes zur Vernichtung Deutschlands stellt, so nur mit hoher obrigkeitlicher Genehmigung Japans, was ein symptomatisches Memento für alle sein sollte, die vom Inselreich des fernen Ostens hoffen, daß es von heute auf morgen zu Deutschlands Bundesbruder avancieren wird. In einem nach der chinesischen Protesterklärung an Deutschland im „Gaulois“ geschriebenen, von der Zensur arg verstümmelten Artikel legt A. de Bonboville den Finger auf diese Zusammenhänge:

In der chinesischen Rolle an Deutschland soll man keinerlei kriegerische Absichten wittern; sie vertritt trotz ihrer energischen Form eine durchaus praktische Einschätzung der chinesischen Interessen und muß als eine reine Maßnahme zur Sicherung der nationalen Politik Chinas aufgefaßt werden. Das mit allen Werten wohl vertraute östliche Reich ist bestrebt, die widerstreitenden Interessen der anderen Völker gegeneinander zu heben und sich inmitten ihrer Uneinigkeit ein ruhiges Leben zu schaffen. So erklärt sich die chinesische Note. Deutschland kümmert sich zwar sehr wenig um sie, aber Japan und Amerika haben eine tiefe Erschütterung verspürt, weil sie dadurch im innersten ihres Rationalbewußtseins getroffen wurden. (Zensurstraße.)

Es ist ganz klar, daß Japan, das in der ganzen Welt die gelbe Rasse vertreten will, auch durch die geringste souveräne Handlung Chinas auf das lebhafteste berührt wird. Japan erwartet seine Stunde. (Zensurstraße.)

Die soziale Lage der japanischen Unterthanen in Westamerika ist unfröhlich und schmerzlich. Wir denken daran, aber wir wollen im jetzigen Augenblick nichts dazu tun. Wir wollen nicht streiten, solange die Barbaren vor den Toren stehen.

Der Skeptiker scheint unrecht zu haben und Japans Willen zur Teilnahme an der Niederwerfung Deutschlands zu unterschätzen. Reuter versichert emphatisch, daß alle alliierten Mächte, also auch Japan, China mit vereinten Kräften in den großen Strudel ziehen:

Es verlanet, daß unter den alliierten Mächten völlige Einmütigkeit über die Lage in China besteht. Die alliierten Mächte handeln in enger Zusammenarbeit und geben China jeden Rat, den es fordert. Von einer Note der Befandten der Alliierten an China ist nichts bekannt, aber die Beratung über den finanziellen Beistand, der China gewährt werden soll, falls es sich zum Abbruch der Beziehungen zu Deutschland entschließt, wird fortgesetzt. Der finanzielle Beistand wird wahrscheinlich in der Form geleistet werden, daß die aus dem Vorgehen an die Mächte zu leistende Entschädigung bis nach dem Kriege ausbezahlt und der Rest in Rente revidiert wird. Das sind die beiden Punkte, die noch erörtert werden. Die führenden Persönlichkeiten Chinas sind für den Abbruch der Beziehungen zu Deutschland, doch sind noch einige technische Schwierigkeiten vorhanden, deren Lösung der Präsident wünscht, bevor er seine Zustimmung erteilt.

Wäre die Sache nicht so bitter ernst, man wäre zu einem bergnüglichen Lächeln über den drohenden Schalk verführt, der die chinesische Regierung die Befandten der Ententisten um wohlmeinenden und selbstlosen Rat bitten läßt.

Deutschlands Wirtschaftsbeziehungen zu China.

Die wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu China waren nicht deswegen so bedeutungsvoll, weil sie außerordentlich viel darstellten, sondern weil sie viel zu werden versprochen. Das eigentliche China, ohne die Mandschurei, Mongolei und Tibet, umfaßt ein Gebiet von 3,9 Millionen Quadratkilometern, die von ungefähr 300 Millionen Menschen bewohnt sind. Die Dichtigkeit der Bevölkerung beträgt 82 auf ein Quadratkilometer. Der Ansehlichkeit wegen sei auf Flächeninhalt und Bevölkerungszahl Deutschlands hingewiesen, das 340 778 Quadratkilometer mit einer Bevölkerung von 64 235 000 im Jahre 1910 umfaßte. China ist also im Durchschnitt zwar weniger dicht als das ganze Deutsche Reich, aber dichter als Dänemark, Österreich-Ungarn oder Frankreich besteselt.

Das ungeheure Reich der Mitte wird einen glänzenden Absatzmarkt für Fabrikate darstellen, sobald seine Bewohner aus der Naturalwirtschaft in die Geldwirtschaft übertritten, will sagen, sich nicht mehr mit den Ergebnissen ihres Fleisches und Bodens begnügen, sondern ihre Waren verkaufen, um fremde Waren zu kaufen. Um diese Entwicklung zu fördern, sind vor allem Eisenbahnen und Binnenwasserstraßen notwendig. Vor dem Kriege wurden die größten Pläne dieser Art erwogen. Neben Deutschen und Engländern waren es besonders Belgier, Amerikaner und Japaner, die sich an der Erschließung des Landes durch Eisenbahnen

Der Armenschlund.

Von Dr. O. Haufer.

Ich kam spät abends von einer Kontrollfahrt müde und vom Regen durchnäht zurück in mein bescheidenes Quartier — ein primitives Häuschen. Mein Pferdchen stand im Stall und freute sich des verdienten Hafers. Da kommt ein tadelloser Arbeiter einer meiner Arbeitkolonnen von De Moskier und meldet, man habe kurz vor Feierabend einen Menschenfresser erbeutet, mitten in der frisch abgedeckten Kulturfläche drin. Kein Schellen, nichts mehr! Der Regen fließt in Strömen, wie man's nur im Süden sehen kann; aber was kümmern mich Regen und Müdigkeit! Ich nehme ein frisches Pferd, und hinaus geht's in die schwarze Nacht.

Den Traber fesselt in der Hand, die 5 Kilometer langen Serpentin über dem Seemetal hinauf und auf der andern Seite wieder 4 Kilometer in kurzen Windungen zu Tal — mit Sturmlaterne zum Handlauf — und wirklich! Ein menschlicher Extremitätenknochen — da noch einer — ein dritter! Ein neuer Satz im Leichenbuch der Vorgeschichte! Die Schicht intakt, nie berührt, fesselt die alten Menschen jene Größe vor mehr als 100.000 Jahren verließen.

Die Platte mich die Reugier des Forschers, die Lust, zu sehen, zu finden! Aber ich wurde mir über die Bedeutung des großen Fundes sofort klar, obwohl ja gar nicht vorausgesehen war, ob überhaupt ein vollständiges Skelett, ob auch ein Schädel vorhanden oder erhalten wäre. Es war das erstmal, daß aus einer völlig intakten Schicht dieser weit zurückliegenden Epoche genau datierbare Menschenknochen zutage traten. War das Skelett erhalten, so bedeutete der Fund eine ungeheure Bereicherung der Wissenschaft vom Menschen. Fast wagte ich's nicht zu hoffen! Auf alle Fälle ließ ich die Nacht über der Stelle Erde hoch anhäufen und sicherte sie den besten Menschen Hand vor ungebildeten Eingriffen Dritter. — Stand ich wirklich etwa am Vorabend des ersten Erfolges?

Warten in der Nacht fehlte ich beim; den Hund wußte ich gefesselt, seine Bedeutung blieb noch verborgen.

Erst nach vielen Wochen belam ich eine lokale amtliche Kommission zusammen, die der weiteren Ausdeutung beizuhelfen und prüfen sollte, ob weitere Skeletteile sich fanden und ob sie auch in ungehörter Lagerung sich zeigten.

Mit welcher Spannung ging ich in Gegenwart dieser Kommission daran, den Platz abzuheben, zu prüfen, ob auch ein Schädel da sei! Nach Lage der zuerst erbeuteten Knochen berechnete ich die ungefähre Stelle, wo ein Schädel zu vermuten wäre, und richtig — es gelang mir, den oberen Teil des Schädelknochens zu finden und blozulegen. Die ganze Situation nahm ich photographisch auf, ein Protokoll wurde abgefaßt, und ohne daß ich die unteren Gesichtspartien erlände, bedie ich sofort den Fund wieder zu und sicherte ihn auf alle mögliche Art. Die zeitliche Fixierung des Horizonts lag für mich fest; ebenso sicher war es, daß das Skelett in absolut ungehörter Schichtung lag; somit konnte es nur gleichzeitig mit den übrigen Funden, mit der ganzen Schicht sein, und das deutete auf ein hohes Alter.

Für die exakte Wissenschaft ist es ohne Bedeutung, ob man so große Bergarbeiten gabelmächtig ausführen kann; Zahlen bleiben da immer nur relativ. Und doch gibt es ein annähernd zuverlässiges System, das Alter gewisser Erdbilagungen zu schätzen, die gleich Jahresringen abzulösen kann; mit Jubiläumsknochen dieser ziemlich korrekten Berechnungen darf ich das Alter des wichtigsten Skeletts mit etwa 140.000 Jahren bezeichnen.

Noch nie war ein menschliches Skelett in einer Schicht von so hohem Alter konstatiert worden. Ich kam zu der Überzeugung, daß mir die Heberten eines der Neanderthalen angehörten. Das hinderte mich nicht, die Knochen der Neanderthalen anatomic Prof. Dr. Knauff habe schon vor einigen Jahren die Führung der modernen Anthropologie übernommen; er war der beste Kenner aller bisher gefundenen diabolischen Skelettreihe und hatte auf seine vierjährige Forschungsreise die australischen Rassenverhältnisse studiert. Nur er konnte für mich im Frage kommen, wenn es galt, die Kenntnisse der Entwicklungsstadien des Menschen selbst aus meinen Funden heraus zu bereichern.

Im März 1908 hatte ich die bedeutende Entdeckung gemacht, fünf Wochen später, das Vorhandensein des Schädels konstatiert, und im August war es mir endlich gelungen, eine Sachverständigen-

kommission herbeizurufen deutscher Gelehrten zusammenzubekommen, die sich der Mühe unterzogen, nach Südwestfrankreich zu reisen und meine Befunde zu prüfen. An der Spitze der Kommission stand Professor Knauff.

Noch auf dem Wege zur Fundstätte wogte Knauff nicht an die mögliche Übereinstimmung meines Fundes mit der altdiluvialen Neanderthalrasse zu glauben; ich aber, vom Standpunkt des Prähistorikers aus, war meiner Sache ganz sicher.

Heiß brannte die Augustionne auf die Gruppe spannenwortender Gelehrter, keiner sprach ein Wort; es war ein unerschütterlich feierlicher Moment, als ich mit den Händen die Erde lacht hob und das Schädelstück bloßlegte. Dann trat man die Vorbereitungen zur eigentlichen Hebung.

Der Schädel erwies sich als sehr morsch und brüchig, es war gar nicht daran zu denken, ihn als Ganzes herauszubekommen, und so schlug ich den „anatomischen Abbau“ vor. Wie eine Leiche im Präparieraal abgebaut wird, so sollte auch hier verfahren werden: jedes Stückchen, das man hob, konnte notiert und dann nach Zeichnung und Konservierung wieder zum Ganzen zusammengefügt werden. Doch diesem Abbau konnte nur ein tüchtiger Anatom gerecht werden, und keinen bessern hätte ich ausfindig machen können als gerade Knauff. Er übernahm denn auch die eigentliche Hebung, während ich ihm assistierte und jedes einzelne Knochenpartikeln registrierte.

Sorgfältig entblößte Knauff Teil um Teil des Gesichtes; die Stirnregion wird frei, stark ausgeprägte Knochenwülste über den Augen werden sichtbar, und freudig erklärt der große Gelehrte: „Wenn auch die Nierpartie, besonders der Unterkiefer, solche primitiven Merkmale zeigt, dann, lieber Herr Haufer, ist Ihre Annahme richtig, dann stehen wir vor dem bedeutendsten anthropologischen Fund, der je gemacht worden ist.“

Und weiter ging das mühsame Werk. Das Schädelstück lag abgehoben, die Augen und Nasenregion frei, die Zähne des Oberkiefers zeigten sich, und welche Prachtzähne in wunderbarer Erhaltung! Die Bezahnung des Unterkiefers hob sich vom Erdboden ab; wieder sah man wohlkonservierte Zähne und fast im Kiefer liegend; ein Fingerknochen unter dem Unterkiefer — er löst sich — er liegt Knauff in der Hand — ein Prädentenzahn des temperamentvollen großen Forschers, er umarmt mich: „Wir haben's gefunden, es ist Neanderthal in seiner ganzen fürchterlichen Majestät und Primitivität; Sie haben als Prähistoriker glänzend diagnostiziert — alle Zweifel sind gehoben!“

Zu großen Feuer der mittäglichen Südböden arbeiten wir weiter, kaum bemerkt; wir müssen sehen, was vom übrigen Skelett sonst noch erhalten ist; das Schlüsselbein kommt, der Oberarm, mäßig und plump, und dann der Radius — die Speiche (die an der Innenseite liegende Unterarmknochen) — nebst der Ulna, dem Ellbogenknochen. Das wichtigste Belegstück zur Erkenntnis primitiver Arterien: der Radius, ist hart gekrümmt, nicht gradig (gerade, gestreckt) wie bei uns und bei unsern weniger alten Vorfahren. Kein Zweifel mehr! Für Knauff eine Genugtuung, die er kaum zu hoffen gewagt; was er in mühseliger, dergleichen anatomischen Arbeiten erreicht, was er auf mathematischem Wege berechnet, was neidische Gegner ihm als Phantasieerei ausgelegt hatten — es lag überzogen, greifbar vor uns!

Der 12. August 1908 war doch ein gesegneter Tag! Natürlich berücksichtigten wir auch aufs genaueste die andern Funde, die rings um den toten Jüngling gelegen hatten; jedes kleinste Stückchen wurde nach seiner genauen Lage und nach seinem Verhältnis zum Skelett protokolliert.

Aber nicht nur das Skelett als höchwichtiges Belegstück aus der Frühzeit der menschlichen Entwicklungsgeschichte redete eine mächtige Sprache. Das Besuchen der Erde offenbart uns noch viel mehr! Alle Anzeichen sprachen dafür, daß die alte Höhlenherde den sechsten bis achtzehnjährigen Mann pietätvoll beizusetzt hatte. Die Bezeichnung in Form gebrochener Fingerringe, kleine Feuersteinwerkzeuge — die schönsten seiner Sippe — lagen bei der Hand, der Kopf des Toten war wie zum Schutze auf eine Art Steinflinten gehüllt; unzählbare Zeichen obachtlicher Beizensorgfalt. Eine Grabstätte aus grauerer Urzeit! Der Mensch selbst plump, mit noch herabhängendem Ausdruck, mit stark hervorstechenden Wülsten über den Augen, stehender Stirn, schauerlich massigen Kiefer und ohne Hina; kurz und gedrungen der Körper, und der Träger dieser Knochen noch ohne eigentliche Sprache, was aus anatomischen Merkmalen des Unterkiefers hervorging — und doch schon regelrechte Behaltung, Nahrungsmittel und stille Grab und dienliche Werkzeuge für seine Todesfahrt! Also Kult und lebhaft Vorstellung von lebensähnlichen Zuständen über den Tod hinaus.

„Die Sorina“, Komödie von Georg Kaiser im Leistungstheater.

Das Stück nimmt sich die Freiheit der Grotteske, mit sonderbarer Witz alle Möglichkeiten auf den Kopf zu stellen, doch ohne etwas, um dessenwillen sich ein solcher Umsturz lohnen könnte — einen be-

gehungsvollen Sinn im Uebertreiben oder auch ein bloßes Ueberschäumen freier Komik — zu erreichen. Der junge Dramendichter, den Kurt Gög in dieser russisch lokalisierten Komödie vorzüglich spielte, ist dem Bereiche psychologischer Wirklichkeiten nicht weniger entriekt, als sein tosender Selbstentzückter in „Mittler“, „Möste in der Nacht“, der unter dem Verdachte eines Kapitalverbrechens angeklagt, Ruhe findet, in die lächle Frau Staatsanwalt sich sterblich zu verliehen und nach dem Freispruch seine eigenständige Donauklotterie noch übertrumpft. Aber welche Fülle weltkundig sinnreicher Witzspiele und überlegenen Witzes auf literarische Romantikerallüren lächle aus solchen Lokalbitten, solchen „Unsinn“ hervor! Hier bleibt's bei einigen wenigen Ansätzen. Die Grotteske, mit welcher der Poet vor dem Zensur-Polizeiaufsicht für sein Meistertum Zeugnis ablegt, hatte manche im guten Sinn des Wortes groteske Verbindungen. Dann aber nach dem zweiten Akt, der die Grotteske Gelegenheit zu einer humoristischen Virtuosenleistung auf dem Gebiete der gezielten Liebesgrotteske gab, entpuppte sich das Ganze als ein pointielles Verlegenheitsgebilde. Die innere Dämonie, auf die es abgesehen war, sieht zu den aufgewandten Mitteln in keinem Verhältnis.

Die Sorina, nach der das Stück sich nennt, jeder individuellen Färbung ermangelnd, erhebt sich auf dem Bureau des Polizeigewaltigen, der sein Zensuramt dazu benutzte, alle Stünde, in denen sie auftreten soll, bedarrlich zu verbieten, doch auch bereit ist, um ein Schädelstückchen die Ausführungserlaubnis ablaufen zu lassen. Die höflich ihn gehörend aus und taucht dann erst am Ende wieder als des jungen Dichters Geliebte noch einmal flüchtig auf. Die Gattin des Gewaltigen, ein in der Ehe zu mäßiger Korruption erkranktes dummes Gänsechen, das, neugierig spionierend, von den Entstellungen und künftigen Trümpfen in Petersburger Salons träumt, hat diesen Auftritt wie die Abweisung des Dichters belauscht und sendet, reich begeistert, dem hübschen Curisten eine heimliche Einladung durch den Ausländer nach. Die Vorbereitungen zu dem Empfange und das stillmüthige Werden um den Bestirnten, wobei die ausgezeichnete Darstellerin weit mehr aus eigenem Humor als dem des Textes schöpft, erhalten dem zweiten Akt zu einem starken Weiterleitungsfolge, der freilich später unter den ungeheuerlichen Zumutungen an die Grotteske des Fälschers betrübtlich abflaute. Der Kutscher schwandelt auf den Befehl der Dame dem Polizeimeister einen Selbstmord des Poeten vor, und dieser gibt sich nun auf einmal als der Verfasser des berrenlos gewordenen Manuskriptes aus, das er mit der Sorina in der Hauptrolle selber einstudieren will. So hofft er sie doch noch zu gewinnen. Und alle diese mühselige Verwirrung hat seinen anderen Zweck, als daß nach der Premiere, die ein großartiger Erfolg ist, Sorina und der Dichter dem Polizeimeisterpaare den Laufpaß geben können.

Das vortreffliche Spiel vermachte das Manko der Erfindung nur hier und da zuzusetzen, nicht zu bedenken.

Die Entsetzung der Menschheit durch den Krieg.

Die Gewaltsverhalte, die wir durch die Beschränkungen der Kriegseliten erleben, sind nicht so tragisch zu nehmen, wie sie die meisten Menschen aufstellen. Bei geringen Gewaltsverhältnissen pflegen sich einflussreiche Leute an zehrende Krankeiten und ähnliches zu denken. Das ist verfehlt. Was die Kultur eingeschärft worden, so wird zunächst das aufgeweckte Geist angereizt, das bei vielen gebräuchlichen Mengen ausmacht. Die Zelle selbst, der Baustein des Körpers, wird zu allererst in ihrem Bestand berührt, und gerade die edlen und lebenswichtigsten Organe, wie Herz und Gehirn, bleiben am längsten unberührt, indem zu ihrer Erhaltung die anderen unwichtigeren Organe aus ihrem Bestande besteuern. Jedoch tritt dies nur im Falle wirklichen Hungerleidens ein. Die Gewaltsverhalte, die bei uns jetzt beobachtet werden, bezühen sich in der Regel nur auf das unwichtige Fett. Dies ist eigentlich überflüssig. Vorzüglich speichert der Körper die überschüssigen, nicht zu seinem Aufbau verwertbaren Kohlenhydrate in Form von Fett gewissermaßen als Reserve an bestimmten Stellen an und gibt sie un schwer im Falle des Bedarfs wieder her, wie wir das jetzt erleben. Ueber geringere Gewaltsverhalte braucht sich also niemand zu beunruhigen; es ist denn, daß ein Bruch oder eine ähnliche Schädigung vorliegt, die durch das Fettpolster ausgeglichen werden war. In solchen Fällen kann das Fett eine wichtige Rolle spielen, indem es an Stelle der erweiterter oder gedehnten Muskelfasern die Bruchstelle abschließt. Für Verwundete ist daher Vorsicht geboten; man hat tatsächlich eine Zunahme der Durchblutungen im Laufe des Krieges festgestellt.

Notizen.

— Theaterchronik. Die Aufführungen des volkstümlichen Puppenstücks „Der große Knackerdatsch“ beginnen am Sonnabend im Künstlerhaus und finden täglich um 8^{1/2} und 8^{1/2} Uhr abends statt.

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeieroman von Gabele's Sawelska.

Darauf war er nicht vorbereitet. Er glaubte, Klitz würde ruhig über die Grenze fahren, und seine eigene Unwissenheit wollte er mit dem Besuch bei befreundeten Zollbeamten rechtfertigen. Die Sache ging aber schief. Die Gendarmen war, Gott weiß durch wen, unterrichtet und mischte sich ein. Markowski konnte Gordyj unmöglich sagen, daß er im Tagejews Kultur Klitz gezwungen hatte, das Städtchen zu verlassen, weil der Zufall ihn zum Zeugen von Vorfällen gemacht hatte, die die Polizei kompromittierten.

Der Hauptmann Gordyj wartete unterdessen auf eine Antwort. Er richtete sich in seiner dunkelblauen Uniform auf und nahm die Miene eines Würdenträgers an, der den Bericht von seinen Untergebenen entgegennahm.

Der letzte sich wieder einmal der ständige Kampf, der zwischen der Gendarmen und der Polizei in Rußland-Polen besteht. Die von der Armee mihandelte Gendarmen blühte ihrerseits stolz auf die Polizei herab, obwohl sie im Grunde beide dieselben Funktionen erfüllten. Die Gegner terrorisierten sich gegenseitig mit Streifzügen und Gefechten.

Die Polizei kämpfte mit heimlichen Mitteln und schlaunen Anzeigen, aber die Gendarmen bezwang sie durch Kraft und Ausdauer.

Markowski fühlte sofort, daß die Uebermacht auf Gordyjs Seite war und raffte seinen ganzen Verstand zusammen, um sich aus der Falle zu ziehen. Er fühlte, daß die Gendarmen, deren Pflicht es war, die Polizei zu beobachten, hinter Tagejew und ihm her war. Es galt also die Spur zu verwischen, um wenigstens eine Zeitlang straflos das Unwesen weiter zu treiben.

„Nun, werde ich erfahren, um was es sich handelt?“ fragte Gordyj.

„Ich weiß nicht,“ sagte er.

„Nun, werde ich erfahren, um was es sich handelt?“ fragte Gordyj. „Ich weiß nicht,“ sagte er. „Nun, werde ich erfahren, um was es sich handelt?“ fragte Gordyj. „Ich weiß nicht,“ sagte er.

Gordyj kniff ironisch die Augen zusammen.

„Wißt ihr nicht, was ihr in solchem Fall zu tun verpflichtet seid? Ihr müßt es dem Gouverneur melden, wir hätten diesem Vogel schon nachgespürt.“

„Ja... ich weiß das, aber Tagejew hatte so beschlossen...“

„Nun... wenn er ein Politischer ist, dann müßt Ihr schon erlauben, daß wir uns mit ihm beschäftigen.“

Kalter Schweig bedeckte Markowski's Stirn. Es handelte sich ja gerade darum, daß Klitz sich nicht mit der Gendarmen verständigte. Er konnte alles ausschlagen und ein gefährlicher Zeuge werden.

„Ich weiß nicht. Das ist Tagejew's Sache!“ brummte er und schob alles auf den nicht anwesenden Vorgesetzten.

„Nun schon! Wir werden Klitz im Auge behalten und uns mit Tagejew verständigen.“

„Erlauben Sie...“

„Das?“ unterbrach Gordyj barsch. „Politische Verbrechen... wenn ihr ihnen auch wirklich auf die Spur gekommen seid, das ist unser Geschäft, und was das Hinüberschaffen über die Grenze betrifft, so habe ich allein darüber zu bestimmen.“

Er veränderte den Ton, warf den Mantel über die Schultern und wandte sich höflich an Markowski:

„Verzeihen Sie, ich muß für einen Augenblick auf den Perron.“

Markowski blieb allein und biß in summer But in seine Fingern. Er konnte nichts gegen den natürlichen Verlauf der Dinge ausrichten. Auch fühlte er, daß Tagejew und er die Sache selbst verdröben hatten. Ohne ihre Gewalttätigkeit wäre Klitz allein abgereist, und Tagejew hätte durch seine Beziehungen später vielleicht selbst das Verbot durchgesetzt, ihn über die Grenze zu lassen. In seinem Horn warf er sich auf das Sofa, kratzte den Rücken mit den Nägeln und dachte, was das Zeug hielt.

Inzwischen hatte Gordyj das Restaurant betreten und sah dem Tisch genähert, an dem Klitz und Montwill saßen.

„Hier bin ich zu Ihren Diensten,“ sagte er lächelnd mit einem militärischen Gruß.

Ein Schauer durchrieselte Klitz. Das Raufen des Gendarmen durchdrang ihn mit einer abergläubischen Furcht. Aber Montwill kam dem Hauptmann sehr herzlich entgegen.

„Ah, da ist ja unser Hauptmann!“ rief er. „Klitz, noch ein Gläschen. Erlauben die Herren, daß ich Sie bekannt mache: Herr Klitz, Kunstmalers, und das ist unser lieber Hauptmann Gordyj.“

Der liebe, alte Hauptmann“ verzweigte sich noch einmal und schob das Gläschen fort.

„Ich trinke nicht,“ sagte er Polnisch mit russischer Akzent.

„Sie wundern sich wohl? Dort in Litauen habt ihr von uns eine schöne Vorstellung. Ein Russe muß wohl unbedingt ein Käufer sein!“

Klitz lächelte gezwungen. Gordyj rüffte mit seinem Stuhl heran und begann, eine saure Gurke zu essen.

„Sie haben Unannehmlichkeiten?“ fragte er Klitz mit gedämpfter Stimme.

„Ein wenig!“

„Haben Sie bemerkt, daß der Wachtmeister Ihnen nachgereist ist?“

„Ja! Und ich möchte deshalb am liebsten ihnen zum Trost sofort wieder umkehren.“

Gordyj und Montwill wechselten rasche Blicke.

„Das ist unmöglich!“ bemerkte Montwill. „Ich rate Ihnen, weiter zu reisen und in zwei Wochen wiederzukommen.“

„Ja, das wird das Beste sein!“ bestätigte Gordyj.

„Unterdessen werden wir anfragen, mit welchem Recht sie Sie verfolgen. Sie haben ungeschicklich gehandelt. Wenn Sie wieder nach Polen reisen, melden Sie sich selbst bei mir an der Grenze. Ich werde Ihnen behilflich sein.“

Klitz war höchst erlöst. Er hatte stets gefürchtet, mit der Gendarmen in Verdringung zu kommen. Indessen trat sie als lächelnde Macht auf und drängte sich mit zunehmender Höflichkeit auf.

Er war durch diese Verwirrung seiner Vorstellungen so verlegen, daß er aufsprang und zum Wüffel ging, unter dem Vorwand, Zigarren zu holen. Hauptsächlich aber, um einen Augenblick allein zu sein.

Inzwischen fragte Gordyj, ohne den Kopf zu erheben, Montwill auf Russisch:

„Wohnt er ständig in Krakau?“

„Ja, er hat dort ein photographisches Atelier!“ erwiderte Montwill ebenfalls auf Russisch.

(Fortf. folgt.)

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Gute Entwicklung des Bergarbeiterverbandes.

Die neueste Nummer der „Bergarbeiterzeitung“ veröffentlicht die Abrechnung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands für das Jahr 1916. Diese freie Gewerkschaft gehört zu den wichtigsten Arbeiterorganisationen, die auch finanziell gestärkt über den Krieg hinwegkommen, wenn nicht ganz außerordentliche Rückschläge, die so gut wie unwahrscheinlich sind, eintreten. Das Verbandsvermögen belief sich am Ende des Geschäftsjahres auf 4.006.885 M. und war damit um 442.143 M. höher als im Jahre vorher. Damit ist das Vermögen wieder weit über den Stand hinausgewachsen, den es vor dem letzten großen Massenstreik 1912 hatte. Die Bergbauindustrie hat zu Kriegsanfang teilweise unter Arbeitslosigkeit gelitten, alsbald trat wachsender Arbeitermangel ein. Infolgedessen hatte der Bergarbeiterverband nur verhältnismäßig geringe Arbeitslosenunterstützungen zu leisten. Dafür zahlte er aber rund eine Million Mark Extratraktierung aus der Zentralkasse an die Familien seiner im Felde stehenden Mitglieder, was ganz ganz erhebliche Unterstützungssummen aus den Sozialkassen kamen. Obgleich im vergangenen Jahre abermals viele Mitglieder zum Heeresdienst einberufen wurden, erhöhte sich doch die Verbandseinnahme an Mitgliederbeiträgen um 46.124 auf 1.081.442 Mark. Da die einberufenen Mitglieder überwiegend in der höchsten Beitragsklasse zahlten, bedeutet die Zunahme der Beitragseinnahme mehr als die bloße Ziffer besagt. Nach der Abrechnung sind 7600 M. an Eintrittsgeldern vereinnahmt worden, das entspricht einer Aufnahme von 15.200 neuen Mitgliedern. Die Tatsache einer so starken Mitgliederzunahme während des Krieges beweist doch, daß der Bergarbeiterverband sich eines großen Vertrauens unter den Bergarbeitern erfreut. Seine Zeitung bemerkt dazu, daß der Verband „auch in diesem Jahre weiter nach vorwärts marschierte“. Er trat nicht ganz besonders schlimme Ereignisse ein, so ist zu erwarten, daß unter Verband den Krieg gut übersteht und nach Friedensschluß... ein Organisationsbeerbahmungsarbeiten lassen kann, mit dem unsere Gegner zu rechnen haben werden.“ Dieses Ergebnis ist auch deshalb sehr beachtenswert, weil der Bergarbeiterverband, dessen erster Vorsitzender der Genosse S. a. s. e., Reichstagsabgeordneter für Waldenburg i. Schl. ist, sich unter Betonung strengster gemeinschaftlicher Neutralität gegenüber allen politischen Parteien konsequent auf dem Boden der Weisheit der Generalkommission der freien Gewerkschaften und der gewerkschaftlichen Vorstands-konferenzen zu den Kriegstragen stellte. Diese Weisheit entspricht bekanntlich der Politik des 4. August. Daß gerade die freie Gewerkschaft, deren Arbeitsgebiet nur die großen Industriegebiete sind, selbst unter den besonders schwierigen Kriegsbedingungen vorwärts schreitet, kann denjenigen, die immer wieder behaupten, die Politik des 4. August werde „von den Massen abgelehnt“, zur Lehre dienen, sofern sie sich belehren lassen wollen.

Der Verbandszeitung entnehmen wir ferner, daß eine Konferenz der Verbandstrustensleute aus den Bezirken Leipzig, Weichenfels und Altenburg (in Leipzig mit 74 gegen nur 2 Stimmen) eine Resolution beschloß, die sich mit der Annahme des Hilfsdienstgesetzes durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einverstanden erklärte. Die Verbandszeitung schreibt dazu: „Dieses Abstimmungsresultat ist bemerkenswert, da in den dortigen Bezirken mehrere sozialdemokratische Parteigruppen (gemeint sind wohl die in Leipzig, Halle und Nordhausen existierenden, Red. d. V.) alles darangesetzt haben, das Hilfsdienstgesetz und diejenigen, die an seine Ausgestaltung mitgearbeitet haben, gründlich heranzujagen.“

Arbeitersekretär Pachyna in Kattowitz gestorben.

Am 1. März d. J. starb in Kattowitz der Arbeitersekretär Schwester Pachyna an den Folgen eines Schlaganfalls, den er im Oktober 1916 erlitt. Er stand im 46. Lebensjahr. Er gehörte seit 1899 dem Holzarbeiterverband an, in dem er zahlreiche Vertrauensämter bekleidete, seit 1909 war er auch Mitglied des Gewerkschaftsverbandes in Breslau. Im Januar 1914 trat er in den Dienst des Arbeitersekretariats zu Kattowitz ein, für den ihn besonders seine vollenommene Kenntnis der polnischen Sprache befähigte. Viel zu früh ist er seinem Wirkungskreis entzogen worden. Die deutsche Arbeiterbewegung wird sein Andenken in Ehren halten.

Für die „Kartisierung der Gewerkschaften“ erklärte sich das Gewerkschaftsamt in Duisburg auf Antrag der Vertreterin des Handlungsgehilfenverbandes Koff Wolfstein. Der letzte Absatz einer angenommenen Resolution lautet:

„Der Vorschlag, der von einem Berliner Metallarbeiter gemacht worden ist und der dahin geht, den Gewerkschaftsangehörigen wegen der verminderten Arbeit zu kündigen, leuchtet dem Kartell als richtig ein; die Delegierten beschließen, in ihren Organisationen dafür wirken zu wollen.“

Selbst in der Zahlstelle des Handlungsgehilfenverbandes hat diese Resolution keine Gegenliebe gefunden. Daß diese über-individualistische Idee irrendwie praktisch verwirklicht werden könnte,

ist wohl nicht anzunehmen, die Entwicklung der Gewerkschaften könnte dadurch nur örtlich gestört werden. Das wird wohl als einziger Erfolg zu verzeichnen sein. Der Embel in die jetzige Tätigkeit der Gewerkschaften hat, wird wissen, wieviel gegenwärtig notwendige Arbeit zu erledigen ist und wieviel sehr wichtige Arbeiten vorzubereiten sind, die bei der Ueberleitung von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft im Interesse der Gewerkschaftsmitglieder nötig sind.

Aus der Partei.

Arbeiterchaft und Hilfsdienstgesetz. In Versammlungen und Flugblättern greift die sozialdemokratische Arbeitergemeinschaft die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften wegen ihrer Zustimmung zum Hilfsdienstgesetz fortgesetzt auf das heftigste an. Zur Widerlegung dieser gehässigen Angriffe und zur Aufklärung über die Bedeutung dieses Gesetzes hat der Parteivorstand jetzt ein vierseitiges Flugblatt: „An die deutsche Arbeiterchaft!“ herausgegeben. Die Organisationen können dieses Flugblatt unentgeltlich beziehen. Bestellungen sind an die Adresse des Parteivorstandes: W. Pfannkuch, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu richten.

Der Streit der Gruppierungen. Die Bremer Spartakusgruppe hat in Hamburg, wie sie in ihrem Organ „Arbeiterpolitik“ mitteilt, eine eigene Organisation gegründet, die in bewußtem Gegensatz steht nicht nur zu den Sozialpatrotiten, sondern auch zum Parteizentrum (Arbeitsgemeinschaft). In der angenommenen Resolution heißt es:

Die sozialpolitische Opposition des Parteizentrums und der Arbeitergemeinschaft unterscheidet sich nicht grundsätzlich von der Politik des Sozialpatrotismus; sie ist, wie die Politik des 4. August, grundsätzlich zu bekämpfen, da sie durch ihre Illusionen der Schiedsgerichte und der Abstraktionen in den Arbeitern die Vorstellungen eines friedlichen Imperialismus erweckt und dadurch die Kampfkraft der Arbeiterklasse lähmt.

Die Spaltung der Partei erfordert den organisatorischen Zusammenschluß aller Linkradikalen zum Kampfe gegen Parteizentrum und Sozialpatrotismus und die Schaffung einer eigenen Presse.

Das sogenannte „Parteizentrum“, die Partei der Arbeitergemeinschaft, belohnt da in der grundsätzlichen Kampfanlage sogar noch vor der Sozialdemokratie die erste Stelle. Das hindert die A. G. aber freilich nicht, Spartakusfunktionsäre im Kampfe gegen die sozialdemokratischen Parteifunktionsäre zu unterstützen — in Namen der „grundsätzlichen Arbeit“!

Klärung in Verden-Kaim. Eine Vorstandskonferenz der Ortsvereine des 6. hannoverschen Wahlkreises (Verden-Kaim) fand am 4. März in Bremen statt, um Stellung zu den Vorleiddifferenzen zu nehmen. Folgende Resolution wurde mit Mehrheit angenommen:

Die Vorstandskonferenz des 6. hannoverschen Wahlkreises kann sich mit der Politik der Mehrheit nicht einverstanden erklären, vertritt jedoch jede Gründung von Sonderorganisationen, bevor der nächste Parteitag geladen hat, damit eine weitere Zersplitterung der Partei verhütet wird.“

In dieser Entschliessung wurde folgender Antrag ebenfalls mit Mehrheit angenommen: „Die Vorstandskonferenz stimmt dem Wechselschluß des Bezirksvorstandes zu.“ — Die Vertreter des Gemeinlicher Vorstandes, deren oppositionelle Resolution vorher abgelehnt worden war, erklärten hierauf, daß sich die Scheidung vollzogen habe und sie ihre eigenen Wege gehen würden.

Die Fraktionspaltung in Schweden.

Stockholm, 5. März. Die „Sozialdemokratische Linkgruppe“, wie die 15 aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ausgetretenen Abgeordneten ihre neue Fraktion des schwedischen Reichstages nennen, hat sich nunmehr konstituiert und zum Vorsitzenden den Bürgermeister Lindbagen gewählt.

Begründet wird dieser Schritt mit dem Tadelbotum des Parteitag.

Aus Industrie und Handel.

Die Einzahlungsbedingungen der neuen Kriegsleihe.

Die neue Kriegsleihe besteht wieder in fünfprozentigen Schuldverschreibungen und ferner in viereinhalbprozentigen mit 110 Prozent bis 120 Prozent auslosbaren Schatzanweisungen, wobei der Zeichnungspreis für beide Anleihearten auf 98 vom Hundert (Schuldbucheintragungen der fünfprozentigen Reichsanleihe mit Sperre bis zum 15. April 1918 97,80 Mark) unter Berechnung der üblichen Stückzinsen festgesetzt ist.

Obwohl der Zeichnungsstermin die Zeit vom 15. März bis 16. April umfaßt, dürfen Voll- und Teilzahlungen, die letzteren in runden durch hundert teilbaren Beträgen des

Nennwerts, bereits vom 31. März ab geleistet werden. Da der Zinsenlauf, und zwar beider Anleihearten, am 1. Juli 1917 beginnt, der erste Zinschein mithin am 2. Januar 1918 fällig wird, ist denen, die bereits am 31. März Zahlungen leisten, ein Vierteljahr Zinsen zu vergüten, das heißt, bei einer Vollzahlung von beispielsweise 1000 Mark Anleihe am 31. März empfangen die Zeichner der fünfprozentigen Schuldverschreibungen eine Zinsvergütung von 1 1/4 Prozent gleich 12,50 Mark, die Zeichner der viereinhalbprozentigen Schatzanweisungen eine Vergütung von 1 1/2 Prozent, gleich 11,25 Mark. Erfolgt die Zahlung später, so werden entsprechend weniger Zinsen vergütet, also z. B. am 20. April für 70 Tage.

Der erste Pflichtzahlungstermin ist der 27. April. In diesem Tage müssen 30 Prozent des dem Zeichner zugewiesenen Betrages an Kriegsleihe bezahlt werden. Am 24. Mai werden weitere 20 Prozent und am 21. Juni und 18. Juli jeweils 25 Prozent fällig. Diese Pflichtzahlungstermine müssen von den Zeichnern inne gehalten werden, sofern die Summe der fällig gewordenen Teilbeträge wenigstens 100 Mark ergibt. Hat jemand aber nur 300 Mark Kriegsleihe gezeichnet, so braucht er am 27. April noch gar nichts einzahlen, denn 30 Prozent von 300 Mark ergeben nicht den Mindestbetrag von 100 Mark. Die ersten 100 Mark sind vielmehr bei einer Zeichnung von 300 Mark erst am 24. Mai fällig, weitere 100 Mark am 21. Juni zu bezahlen und die restlichen 100 Mark am 18. Juli. Bei einer Zeichnung von 200 Mark Kriegsleihe sind je 100 Mark am 24. Mai und am 18. Juli zu bezahlen. Bei einer Zeichnung von 100 Mark Kriegsleihe wird die ganze Zahlung erst am 18. Juli fällig.

Besondere Bedingungen gelten für die Einzahlungen auf Zeichnungen, die bei den Postanstalten erfolgen. Zunächst ist hier zu bemerken, daß die Postanstalten nur Zeichnungen auf die fünfprozentige Kriegsleihe, nicht aber auf die Reichsschatzanweisungen entgegennehmen. Ferner ist hervorzuheben, daß auch bei den Postanstalten zwar schon am 31. März die Vollzahlung vorgenommen werden kann, daß sie jedoch am 27. April geleistet werden muß. (Teilzahlungen sind nicht zulässig.) Für die Vollzahlung, die am 31. März geleistet wird, werden 90 Tage Zinsen gleich 1 1/4 Prozent vergütet. Für die Vollzahlung, die am 27. April oder in der zwischen dem 31. März und 27. April liegenden Zeit geleistet wird, werden zur Vereinfachung des Verkehrs bei den Postanstalten gleichmäßig 63 Tage gleich 1/2 Prozent vergütet.

Gerichtszeitung.

Als einen der krassen Fälle von Milchverfälschungen bezeichnete der Sachverständige die Panktzerer, die den Volkereiheiser Ulrich Mann und seine Ehefrau vor die 1. Strafkammer des Landgerichts I führten. Abgesehen von dem hohen Wasserzutat, der bis zu 70 Proz. stieg und für gewöhnlich sich um 50 Prozent herum bewegte, nannte der Sachverständige diesen Fall schon deshalb ungewöhnlich, weil die Angeklagten, sobald eine Probe ihre Milchverfälschung erwiesen hatte, sich nicht etwa dadurch warnen ließen, sondern ruhig weiterpanschten. Infolgedessen erstreckten sich die zahlreichen Fälle der Anklage auf die lange Zeit vom Dezember 1915 bis November 1916. In einer Anzahl von ihnen hatten die Angeklagten, die mit ihren 20 Kühen einen Umsatz von etwa 200 Liter täglich erzielten, etwa 40 Liter Milch pro Tag entrahmt und späterhin als Vollmilch verkauft. In den übrigen Fällen waren von ihnen gegen 80 Liter Wasser täglich der Milch zugefügt worden, wodurch sie zusammen mit der Entrahmung einen unrechtmäßigen Verdienst von mindestens 8000 M. erzielten. Beide waren vom Schöffengericht zu je 1 Monat Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe verurteilt worden. Dagegen legten Staatsanwalt wie Angeklagte Berufung ein. Das Gericht erhöhte die Strafe auf je neun Monate Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe.

Eingegangene Druckschriften.

Die **Publikation Numantens im Lichte römischer Schriftsteller**, Uebersetzt von W. Krennig. Herausgegeben von H. Krennig, 3 B., Georg Müller, München.

Offenbar, von H. Viktor von Scheffel. Reimband, 3,50 M. Insel-Verlag, Leipzig.

Verantwortlich für Politik: **Hermann Müller**, Tempelhof; für den übrigen Teil d. Blattes: **Alfred Schott**, Reutlingen; für Inserate: **Th. Glode**, Berlin. Druck u. Verlag: **Bismarck-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co.**, Berlin SW.

Stierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

A. WERTHEIM

Handarbeiten

auf silbergrauen Stoff, vorgezeichnet

- Decken mit Saum, 65/65 cm 2.25 160/160 cm 9.75
- Nächtischdecken mit Saum, 45/90 cm 1.80
- Kissen mit Rückwand, 40/60 cm 1.80
- Stuhlkissen mit Fransen 1.00
- Kaffeewärmer mit Futter 2.50
- Läufer mit Saum, 35/130 cm 1.90
- Kissenbezüge fertig gestickt, 50/50 cm 4.75

Weißwaren

- Blusenkragen aus Glasbatist mit Hohl- 1.25
- Fichus aus Tüll 1.60 1.95
- Blusenkragen aus Glasbatist, reich be- 1.75
- Blusenkragen aus Glasbatist, mit Hohl- 1.90
- Blusenkragen a Glasbatist, m. Tüllmotiven 2.65
- Kapuchonkragen a Valenciennespitze garn. 3.00

Volkskunst-Abteilung

- „Handgeklöppelte Spitzenarbeiten“
- Bettecken in verschiedenen Größen 1.05 bis 3.50
- Tablettdecken oval und eckig 1.80 bis 9.00
- Taschentücher verschied. Ausführung 4.00 bis 15.00
- Mitteldecken 50 bis 80 cm, steigend je 5.00 bis 85.00
- Tischdecken 90 bis 150 cm, steigend je 22.00 bis 170.00
- Spitzen u. Einsätze .. Meter 40 Pf. bis 18.00
- Läufer / Motive / Kragen

Wäsche-Stickereien

in Stücklängen von 4.10 bis 4.50 Meter

Stück 1.05 1.25 1.40 1.80 2.25

Stickereien für Blusen u. Kleider

in vorzüglichen Ausführungen

Korsette

- Korsett gestreifter Stoff mit Langette 4.50
- Korsett gemusterter Stoff 7.25
- Korsett grau Leinen, mit Stickerel-Carroirung 10.00
- Korsett weiß Pikee-Stoff, 2 Halter 10.25
- Korsett mode Satin, 4 Halter, für starke Figuren 16.25
- Einsegnungs-Korsett weiß Pikee-Stoff, waschbare Einlage, 2 Halter 5.75
- Büstenhalter weiß Batist 2.70 Stickerel-stoff 3.75
- Büstenhalter Batist, mit herausnehm- 4.60

Teneriffa-Hand-Arbeiten

- Tischläufer 6.60 7.50 20.00
- Tischdecken 6.60 7.50 10.25

Schorlemers Trugrede.

Abgeordnetenhaus.

75. Sitzung, Mittwoch, 7. März 1917, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerische Frhr. v. Schorlemer.

Die zweite Lesung des

Landwirtschaftsetats

wird fortgesetzt.

Abg. v. Kardorff (F.):

Die Regelung der Ernährungsfragen hat bei uns einen höchst unerfreulichen Verlauf genommen. Die Schwierigkeiten sind aber nicht in dem Mangel an Lebensmitteln begründet, vielmehr auf ein Uebermaß an Zwang und auf eine zu geringe Rücksichtnahme auf die Interessen der Produzenten zurückzuführen. Ohne Rücksicht auf die Interessen der Produzenten hätten wir nicht durchhalten können, aber es gibt auch ein Ziel an Organisationsfragen. (Zustimmung.) Das zeigte sich besonders bei der Kartoffel. Man mußte sogar das Saatgut angreifen und die Folge war eine schlechte Kartoffelernte im nächsten Jahr. Leider hat man aus den Mängeln nichts gelernt.

Man erhöhe den Kartoffelpreis von 4 M. auf 8 M.

und das Unmögliche wird möglich. (Hört! hört! links.) Der Hecker liebt im System der Zwangsmaßnahmen. Man kann das Wirtschaftswesen nicht jahrelang auf der Selbstlosigkeit aufbauen. In jedem Menschen steckt ein Stück Egoismus. Die Arbeiter würden gern hohe Preise zahlen, wenn sie jetzt etwas hätten. Der Bauer mit der Konterbenblinde spottet jeder Bekleidung. Das Gutachten der Professoren läßt bereits auf eine gewisse Einschränkung schließen und auf Umkehr hoffen. Bei erhöhten Butterpreisen wird man auch Butter haben. Die Herabsetzung der Viehpreise bewahren wir. Die Milch ist auch heute noch zu billig. Das Anziehen der Butterpreise ist kein Beweis für die gute Lage der Landwirtschaft. Der Abg. Scheidemann hat von der Landwirtschaft gar keine Ahnung. Die Befolgung seiner Politik würde nicht einmal die Erreichung seiner Kriegsziele ermöglichen. Dann wäre es mit dem: „Jeder trage seine eigene Last!“ zu Ende, dann müßten wir selbst die Last der andern tragen und dann wäre Scheidemann der Totengräber deutscher Macht und Würde. (Zurufe links.) Wir vertreten die Interessen der Arbeiter besser, auch wir wissen, daß ohne den deutschen Arbeiter der Krieg nicht zu gewinnen ist. Wir arbeiten mit unserer Ernährungspolitik für ihn. Sie (nach links) geben ihm nur Verpfändungen. Unsere Politik würde ihm Lebensmittel verschaffen. Hoffentlich werden jetzt die Widerstände, die der Landwirtschaftsminister — es ist ja bekannt — beim Reichsamt des Innern und beim Kriegsernährungsamt gefunden hat, beseitigt. (Beifall rechts.) Möge sich der neu ernannte Staatskommissar in allen Fällen des sachverständigen Rates der landwirtschaftlichen Verwaltung bedienen. (Beifall rechts.)

Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer:

Ich danke dem Vorredner für das meiner Amtsführung ausgeprochenen Vertrauen und benutze die Gelegenheit, um die gegen mein Ressort und gegen meine Person gerichteten Vorwürfe zurückzuweisen. Sie geben ein falsches Bild nicht nur von der Tätigkeit meines Ministeriums, sondern auch von der Tätigkeit der preussischen Landwirtschaft im Krieg überhaup. Diese Vorwürfe sind nicht nur bedauerlich, sondern geradezu verhängnisvoll. (Sehr richtig!) Die Angriffe übersehen vollständig, wie weit sich der

Einfluß des preussischen Landwirtschaftsministeriums

gegenwärtig noch erstreckt. Die zahlreichen Kriegsorganisationen haben den Einfluß des preussischen Landwirtschaftsministeriums nicht nur auf dem Gebiete der Volksernährung, sondern auch auf dem der Erzeugung im weitesten Maße abgeschwächt. (Sehr richtig! Hört! hört! rechts.) Die Dinge sind schon so weit gediehen, daß mir der nötige Heberblick über unsere gesamte wirtschaftliche Lage und die Stellung der Frage, wie weit die Erzeugung auf die Bedürfnisse der Konsumenten einzustellen ist, geradezu unmöglich gemacht ist. (Stürmisches Hört! hört! rechts.) Angesichts dieses Zustandes soll ich nun der Verbrecher sein, der das Reichsamt des Innern, das Kriegsernährungsamt und die verschiedenen Reichsstellen an Maßnahmen gehindert hat, die im Interesse der Verbraucher sich als notwendig ergeben haben. Das ist fernestwegs der Fall. So bin ich z. B. nicht einmal gefragt worden, als im Regierungsbezirk Trier für die Kartoffeln der Anbauzwang eingeführt wurde. (Hört! hört! rechts und links.) Ich habe den Regierungspräsidenten in Trier erst nach der Wichtigkeit der Zeitungsnachricht fragen müssen, und auf Grund welcher Bestimmungen eine solche Verordnung erlassen ist. (Zurufe im Zentrum: Die Nachricht stimmt!) Auf die Angriffe des Abg. Scheidemann im Reichstag hat der Reichstagsleiter zu meiner Befriedigung sofort geantwortet. Zum Glück ist ja gegenwärtig der Deutsche Reichstag noch nicht in der Lage, preussische Staatsminister zu berufen oder abzusetzen. (Heiterkeit und sehr gut! rechts und im Zentrum.) Ich kann dem Abg. Scheidemann von dieser Stelle aus versichern, daß ich auf meinem Platze ausstehen werde. (Stürmisches Beifall rechts und im Zentrum.) Nicht so lange es mir beliebt, sondern so lange mir der Wille meines Königs und das Vertrauen der Landwirtschaft das Verbleiben ermöglichen. (Erneuter Beifall.)

Einen Beweis für den weitgehenden Einfluß und die engen Beziehungen zwischen dem preussischen Landwirtschaftsministerium und den leitenden Stellen im Reich bildet die

Eingabe der Gewerkschaften an den Reichskanzler und das Kriegsernährungsamt.

Am 23. Februar ist sie in die Hände der Adressaten gelangt. Ich habe von dieser Eingabe gestern durch die Nummer des „Vorwärts“ vom 4. März Kenntnis erhalten. (Stürmisches Hört! hört! rechts und im Zentrum.) Ich würde die schwere und schwierige Lage der Großstadtbewohner und vor allem der industriellen Arbeiter. Ich habe auch immer die Interessen der Verbraucher und den Gesichtspunkt im Auge, wie ihre Lage gebessert und wie ihnen mehr und dauernd Nahrungsmittel und Lebensmittel zugeführt werden können. (Zustimmung rechts und im Zentrum.) Deshalb halte ich es nicht für gerechtfertigt, daß sich diese Klagen zu einer Anfrage gegen mein Ressort und meine Person und die Landwirte verwickeln. Die Eingabe verkennt ganz die eigentlichen Gründe, weshalb wir in diese schwierige Lage geraten sind: die Schwierigkeiten, unter denen die landwirtschaftlichen Erzeuger arbeiten und die Wirkungen des teilweise gelungenen Ausschungsplanes Englands und seiner Verbündeten. Auf diese Ursachen unserer gegenwärtigen Lage hätten die Gewerkschaften hinwirken und Anstand nehmen müssen, die Landwirtschaft zu verurteilen. (Sehr richtig! Zustimmung rechts und im Zentrum.) Die Eingabe spricht u. a. von einer Einschränkung der Anbaufläche für Kartoffeln und von einer schlechten Bewirtschaftung. Diese Darstellung ist ungetrübte durch jede Sachkenntnis. Die Anbau-

fläche ist gestiegen. Wenn die Bewirtschaftung schlechter ist, so ist das darauf zurückzuführen, daß die Landwirte zum großen Teil im Schillingen stehen und daß die Frau dabei mit Gefangenen den Acker bestellen muß. Die in der Eingabe geforderte Bestandsaufnahme ist bereits für den 1. März d. J. Wochens angeordnet. Ebenso besteht ein vollständiges Verfallensverzeichnis für Kartoffeln seit dem 24. Oktober 1916. Ich bedauere es tief, daß die Gewerkschaften und vor allem die christlichen Gewerkschaften sich dazu haben veranlassen lassen,

ein solches Nachwort

(Lebhafte Zustimmung rechts.) zu unterzeichnen, das eine Besserung der Zustände nicht erreichen kann und verheerend wirken muß in der Stimmung zwischen Stadt und Land. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Ich bin auch nicht in der Lage, den Städten zu verbieten, mit den Kartorganisationen Verträge abzuschließen, wie es in der Eingabe behauptet worden ist, und habe es auch nie getan. Ich bin nie häßlichen Wünschen und Ansprüchen gegenüber feindselig aufgetreten. Meine Bestrebungen gehen nach Möglichkeit dahin, die direkte Lieferung des Landes an die Stadt durch Lieferungsverträge zu ermöglichen. Wenn bei Domänenverpachtungen höhere Erträge erzielt wurden, so ist das darauf zurückzuführen, daß es sich um Verpachtungen handelt, die noch aus der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges der Landwirtschaft herrühren. Der Abg. Braun hat gestern auf die Mühenbauern das Wort des Generalleutnants Gröner von den Vaterlandsverrätern angewendet, es ist aber erwiesen, daß bei den bisherigen Rübenpreisen ein lobender Ertrag nicht zu erzielen war. Für die geringe Ertragsleistung kann man nur den lieben Herrgott verantwortlich machen. Ich bedauere es außerordentlich, daß Professor Eigbächer, ein Mann, der bisher an der Spitze der Handelshochschule in Berlin gestanden hat, sich nicht entschließt, in der Weisheit, wie er es getan hat, einen preussischen Minister anzugreifen. (Zurufe rechts: Unerbötlich! Jurist Dr. Hoffmanns [S. A.]: Majestätsbeleidigung!) Ich habe übrigens nur meine Bedenken gegen eine Herabsetzung der Viehpreise geltend gemacht, weil durch sie die Mastung weiter verringert würde. Die auf den Markt kommende geringere Menge und schlechtere Qualität des Fleisches würde nur den Wegzern genügend Handhabe bieten, sich einer Herabsetzung der Fleischpreise, die etwa 100 Proz. höher sind als die Viehpreise, zu widersetzen.

Wie kann da ein Professor die Steirn besitzen,

zu behaupten, daß ich mich lediglich vom Ressortpatriotismus leiten lasse. Die Preise für die wichtigsten Lebensmittel sind im Auslande höher als im Inlande. Die Brotpreise sind keineswegs so gestiegen, daß sie die Ernährung der Bevölkerung in Frage stellen könnten, wenn hinreichendes Brot vorhanden ist. Bei den Kartoffeln beträgt die Preissteigerung nur 10 Proz. Sie hätte bei der schlechten Ernte mindestens 100 Proz. betragen müssen. Hoffentlich wird die jetzt auch vom Kriegsernährungsamt erwogene Erhöhung der Kartoffelpreise ausreichend sein, um das Verfallens zu verhindern. Ich bitte die Vertreter der städtischen und Arbeiterinteressen, ebenso wie die Vertreter ländlicher Erzeugung in dieser entscheidenden Stunde nicht immer das Zerrenne, sondern vor allem das Herbeizubringen, was uns eintrifft. (Sehr wahr! rechts.) Einen muß und der Wille zum Durchhalten trotz aller Entbehrungen (Zurufe links: zu höheren Preisen. Zutrusse rechts) das unbedingte Vertrauen auf unsere oberste Heeresleitung und die Hoffnung, daß es uns mittels der U-Boote gelingen wird, England auf die Knie zu zwingen. (Lebhafte Beifall.)

Staatskommissar für die Ernährungsfragen Unterstaatssekretär Michaelis:

Unsere Sorge um die Ernährung ist nicht nur auf Witterungsverhältnisse und die dadurch herbeigeführte schlechte Verlieferung hervorgerufen, sondern sie richtet sich auf das ganze Jahr. Die Bestandsaufnahme vom 15. Januar wird nicht das Ergebnis haben, wie viele hofften. Wenn Weizengetreide ist man vielfach der Meinung, es sei zwei Jahre leichtlich gut gegangen und werde darum auch im dritten Jahre wieder gut gehen. Die allgemeine Stimmung bei allen Teilen der Bevölkerung hat gegenüber der ersten Sorge der Brodversorgung nicht die erhoffte Stabilität bewiesen. Bei weiten Teilen der Väter ist eine innere Aufregung gegen die Maßnahmen der Regierung zu beobachten, es ist mehr und unregelmäßiger verbraucht worden, als das Interesse der Allgemeinheit zuläßt. Das erweist sich folgendermaßen für unsere Verhältnisse. In den Städten, insbesondere in den Kleinsten, ist vielfach gegen die bestehenden Bestimmungen gehandelt und mehr als zulässig ausgemahlen worden. So ist ein Mehlkonsum eingetreten, der unsere Vorräte in der ersichtlichen Weise hat zum Sinken bringen lassen. Demgegenüber

eine weit ausgebreitete erwiesene Verfallung des Getreides.

(Hört! hört! links.) Da muß zugefugt werden, solange es Zeit ist und mit der überaus möglichen Kraft und Schärfe. (Abg. Hoffmann: Ach, wenn Sie dürften!) Der Staatskommissar, der dazu da ist, hat in erster Linie ein Amt der Exekutive auf diesem Gebiete, und es besteht dabei nicht der geringste Widerstreit zwischen meiner Stellung und einem anderen Ressort. Darin sind wir alle einig, daß etwas geschehen muß.

Wer muß mir in den Arm fallen?

(Sehr gut! links.) Wer würde mir mit Erfolg in den Arm fallen, wenn ich meine Pflichten auf diesem Gebiete. (Beifall links.) Es werden Mühlen geschlossen werden müssen, unter Umständen wird ein Kommunalverband die Selbstwirtschaft entzogen werden müssen, alles das, weil es erforderlich ist, wenn wir durchhalten wollen. Der Minister des Innern hat deshalb seine Kommunalaufsichtsbefugnisse in der Ernährungsfrage auf mich übertragen. Auf dem Gebiete der Brot- und Mehlversorgung wird es keinem noch so tüchtigen Verwaltungsbeamten, der nicht durch eigene Arbeit sich in die Schwierigkeiten hineingearbeitet hat, überhaupt möglich sein, die richtigen Wege zur Besserung anzugeben. Durch Zentralisation der bestehenden Kriegsorganisationen auf dem Ernährungsgebiete muß es erreicht werden, daß sachverständig eingegriffen wird. Diese Zentralisation in der Person des Staatskommissars ist das Wesentliche, was geschaffen werden sollte mit meinem Amt. Dadurch wird die Einheitlichkeit gewährleistet.

Wenn etwa in ganz anderer Weise als bisher das nicht der Beschlagnahme Unterliegende herangezogen werden soll, wenn die Ressourcen im Lande für die Allgemeinheit deutlicher gemacht werden sollen, dann muß ich festhalten, daß irgendwelche bestehende Rücksichten gegen weitere Einschränkungen in ländlichen Kreisen beiseite schieben. (Zurufe links: Ja, aber!) Ich würde mich nicht in irgend einem anderen Ressort in Preußen lassen da nicht entstehen. Dazu wird kein Minister die Hand geben, das zu verweigern, was in dieser letzten großen Not für die Ernährung der Bevölkerung nötig ist. Die noch in größeren Quantitäten auf dem Lande vorhandenen Lebensmittel müssen durch wirksame Organisa-

tion für die Verbesserung der Ernährung der Bevölkerung über das Mindestmaß hinaus, was wir an Brot, an Fleisch und an Fett geben können, herangezogen werden. Mich betrifft keiner, mich besetzt nur der Gedanke an den Sieg auf innerem Gebiete. Wer mich kennt, der weiß, daß ich kein Amt übernehme, das ein Schwert ist ohne Schärfe, und ich würde es auch nicht behalten, wenn irgend einer versuchen sollte, das Schwert stumpf zu machen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Hofer (Soz. Arb.):

Wenn heute das Volk hungert, so trägt das agrarische Junkertum die Schuld daran. Die Zeit für das Junkertum ist reif. (Zurufe rechts.) Jetzt sucht man die Schuld auf die bösen Engländer zu wälzen, aber die Schuld an den hohen Preisen trägt vor allem der Eigennutz der Agrarier. (Sehr wahr! h. d. Soz. Arb. — Zurufe rechts.) Während es dem Volke immer schlechter geht, werden die Landwirte von der Not nicht betroffen. Mit der Kriegsdauer steigt die Nachfrage nach den landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Es wäre also gar kein Wunder, wenn sich bei den einzelnen Landwirten der Gedanke einmischte, der Krieg ist ein ganz luxuriantes Geschäft. (Sehr wahr! h. d. Soz. Arb.) Um so vorzüglicher sollten gerade die agrarischen Führer und die agrarischen Parteiführer sein. Wir sehen aber im Gegenteil, wie gerade sie die Kriegsverlängerung betreiben. Wie leicht kann da der Gedanke sich festsetzen, daß selbstthätiger Profit die Richtschnur dieses Handelns ist. (Sehr wahr! h. d. Soz. Arb.) Mit ihrer Vorratspolitik, die die Agrarier jetzt betreiben, lassen sie das Volk in der Gegenwart vor Hunger zugrunde gehen. Man vorenthält durch diese Politik dem Volke das so dringend notwendige Fleisch. Ich erinnere an den Rücktritt des Geheimrats Abel vom Kriegsernährungsamt, die erfolgte, weil er es für unmöglich hielt, mit der jetzt festgesetzten Fleischration auszukommen. Er empfahl auch den landwirtschaftlichen Produktionszwang. (Hört! hört! h. d. S. A.) Tatsache ist, daß heute schon Tausende von Munitionsarbeitern aus Nahrungsmangel getrieben haben, daß die Sterblichkeit der armeren Leute erschreckend zunimmt, daß Epidemien infolge der geschwächten Widerstandskraft leichter um sich greifen. Die Fleischration ist nicht nur zu gering, sondern auch viel zu teuer. Die Regierung schwankt zwischen der Angst vor den Agrariern und der Angst vor den Massen hin und her wie ein Mohr im Winde und kann sich nicht entschließen, ob sie die zugelegte Herabsetzung der Fleischpreise durchzuführen soll. Bei den Kartoffeln hätte eine genaue Bestandsaufnahme erfolgen müssen. In dieser Frage hat die Regierung nicht im geringsten die Erfahrungen der Vorjahre berücksichtigt. Jetzt müssen vor allem die Kartoffeln sichergestellt werden. Sobald das geschehen ist, müssen die Preise für Rohrüben und Futterrüben erheblich herabgesetzt werden. (Sehr richtig! h. d. Soz. Arb.) Die Agrarier haben es fertig gebracht, daß heute die

Kartoffel Rohrüben für das Volk

geworden ist. (Sehr wahr! h. d. Soz. Arb.) Heute gibt man ihm Rohrüben und Futterrüben dafür, schließlich bleibt nur noch Heu, Stroh und Einstreu übrig. Wenn Sie den Krieg durchaus noch weiterführen wollen, dann müssen Sie wenigstens für eine ausreichende Ernährung des Volkes sorgen. Die Aufgabe: billige und genügend Kartoffeln zu schaffen, muß die deutsche Landwirtschaft lösen können. (Sehr wahr! h. d. Soz. Arb.) Die Situation ist ernst, als man zugucken will. Die Zahl der Soldatensoldaten aus Verzweiflung nimmt zu. Eltern bringen ihre eigenen Kinder um aus Nahrungssorgen, aber die Kartoffelpreise sollen noch erhöht werden. Hat die Regierung noch nicht genug an dem Haß, der lapinarien anschwellders die ganze Welt erfüllt, will sie auch den Haß des eigenen Volkes durchaus zur revolutionären Explosion treiben? Die Landwirte sprechen immer von ihren Opfern, aber was und wann haben sie wirklich Opfer gebracht? Opfer bringen müssen heute nur die breiten Massen. (Sehr wahr! h. d. Soz. Arb.) Für teures Geld kann sich heute in Berlin jeder kaufen, was er will. Den Reichen stehen heute Gänse, Enten, Puten usw. ohne Karten zur Verfügung. Dem Volke überläßt man zum Ausgleich die Ähren und Klaven. Die ganzen Verhandlungen über die Ernährungsfrage sind nichts weiter als

ein Feilschen der Agrarier um höhere Preise;

die Landwirte draußen liegen ständig im Kampf gegen den agrarischen Eigennutz. Die große Zahl der Kriegsverwundeten wird nur erlitten, um die Agrarier an ihre Pflicht zu erinnern. Und da haben die Agrarier die Sitte, sich vor das Land hinzustellen und von Opfern zu sprechen. Es ist wirklich schwer, eine Satire nicht zu schreiben. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Die Preise, die trotz aller Not der Zeit von Ihren Vorrechten kein Opfer abzulassen gewillt sind, die bringen für mehr Leben. Möge die Regierung daran denken, daß die Ernährung im Volke immer mehr steigt. Das Volk ist lange genug mit schönen Worten abgeföhrt worden, es verlangt endlich Taten. (Lebhafte Beifall bei der Soz. Arb.)

Abg. v. d. Osten (F.):

Jetzt, wo eine Welt von Feinden gegen uns steht, bewirft der Vorredner in unverantwortlicher Weise die Landwirtschaft mit Schuld. (Abg. Dr. Hoffmann (Soz. Arb.): Widerlegen Sie ihn!) Schuld widerlegt man nicht. (Sehr gut! rechts — Zurufe bei der Soz. Arb.) Welche häßliche Freize haben den landwirtschaftlichen Dingen ganz fremd gegenüber, sie denken, man ist im Frühjahr und erntet einfach im Herbst, und das wäre die ganze Landwirtschaft. Ein Produktionszwang würde eine Katastrophe für unser Land bedeuten, er müßte die Produktion töten. (Sehr richtig! rechts.) Wir bebauern, daß der Präzident des Kriegsernährungsamtes nicht amtesend ist. Dadurch wird das Ansehen dieses Hauses nicht gerade gehoben. (Sehr wahr! rechts.) Die Minderheiten zwischen Stadt und Land müssen beseitigt werden. Der Beweis, daß Brotgetreide, außer in Ausnahmefällen, verfallert werden ist, muß erst geliefert werden. Der Staatskommissar sollte vor allem in engerer Fühlung mit der landwirtschaftlichen Verwaltung die Produktion zu fördern suchen. (Sehr richtig! rechts.) Man kann nicht verlangen, daß das ganze Volk aus Ausrufen besteht. Wenn Weizen in Berlin 3 bis 4 M. kostet bei 250 M. Produzentenhöchstpreis, so liegt die Schuld nicht an der Landwirtschaft. Schon aus der französischen Revolution wird berichtet, daß Zwangsmassnahmen die Produktion heruntergedrückt haben. Ein Sturm des Hummers mehte die Schulden hinweg. So müßte auch bei uns ein sic volo sic jubeo (so will ich, so befehle ich) gegenüber der auf die natürlichen Bedingungen angelegenen Landwirtschaft zur Katastrophe führen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Der Redner schlägt eine Resolution im Sinne seiner Ausführungen vor, die möglichst Förderung der Nahrungsmittelherzeugung verlangt und sich

gegen jede Zwangsbewirtschaftung des Landes

auspricht. Ich möchte nicht die schwere Verantwortung derjenigen tragen, der heute, vielleicht ausgefaltet mit gewissen Möglichkeiten, der Einwirkung auf Dinge, die er nicht überblickt, unsere Reichsregierung zu Schritten drängt, die den Anfang der fürchterlichsten Katastrophe bedeuten würden. (Zurufe rechts.)

won der Medien können mit gutem Gewissen sagen, was an uns
gelegen ist, haben wir getan, um dem Volke die Augen zu öffnen
über das, was nottut in dieser Stunde. (Stürmischer Beifall rechts.)

Staatskommissar Dr. Wischke:

Der Redner hat sich gegen eine zu weitgehende
Beschlagnahme landwirtschaftlicher Erzeugnisse gewandt. Ich
habe dabei natürlich nicht an Produkte gedacht, die täglich erzeugt,
leichtverderblich sind und sich nicht zur zentralistischen Behandlung
eignen. Ich denke an Eier, Obst und Gemüse, die nicht genügend
erzogen werden, obwohl sie vorhanden sind, ja die teilweise
verderben. Wenn wir Eier, Gemüse und Obst nach den
Städten bringen wollen, so ist das in erster Linie eine Ver-
packungs- und Abholungsfrage, eine Frage der Organisation
des Transports, damit diese Lebensmittel der Allgemeinheit
nicht verloren gehen und nicht mehr in so reichlichem Maße, wie
rubin abgegeben werden muß. Von den Produzenten, im Gegensatz
zur Art der Konsumentenkreise, verzehrt werden. (Hört! Hört!
links.) Wo, mein ganzes Bestreben geht dahin, diese Waren
auf die Eisenbahn zu bekommen und in die Städte zu
bringen. Wir müssen in diesem Jahre dahin kommen, daß uns
die Frischmilch, der Kohl und das Obst das ganze Jahr hindurch
für die Städte zur Verfügung stehen. Das ist keine Organisation
von der Art, deren wir zu viele haben, sondern eine wirkliche
und notwendige Ergänzung bestehender Organisationen.
(Bravo!)

Abg. Krüger (nall.) wendet sich gegen einen landwirtschaftlichen
Produktionsplan; eine Kontrolle der Bestellung durch die Kriegs-
wirtschaftsämter wäre nützlich.

Das Haus vertagt sich.

In persönlicher Bemerkung wendet sich

Abg. v. Karbass gegen den Redner, weil dieser ihm nach-
gesagt hatte, er hätte einen Kartoffelpreis von 8 M. für die
Produzenten gefordert; tatsächlich habe der Redner mit dieser Forde-
rung nur die rechtzeitige Ablieferung sicherstellen wollen.

Abg. Krüger (nall.): Wer hat denn die Kartoffeln? Doch die
Produzenten! Also habe ich recht.

Abg. v. Karbass (fl.): Da Herr Krüger schwer von Begriffen
zu sein scheint (Unruhe links), will ich ihm meine Erklärung auch
noch schriftlich geben.

Abg. Krüger (nall.): Wer schwer von Begriffen ist, das mag
das Haus entscheiden.

Abg. Oster (Soz. Arb.): Herrn v. d. Liden erwidere ich: wer
schimpft, hat meist Unrecht. Ich würde ohne Beweis nicht sagen,
daß jemand gegen besseres Wissen gesprochen hätte; davon hält mich
meine Erziehung ab. (Sehr gut! links.)

Donnerstag 11 Uhr: Anträge aufhebung der Fischquart;
Weiterberatung des Landwirtschaftsbills.
Schluß 5 1/2 Uhr.

Hauptausschuß des Reichstages.

Am Mittwoch wurden zunächst die Anträge durchberaten, die
zum Haushaltsplan des Reichsamt des Innern gestellt worden
sind.

Abg. Dr. Luars (Soz.) begründete den Antrag der Sozialdemo-
kraten, daß das Reichsamt des Innern gemeinsam mit dem
Kriegsamt

neue Arbeiterdienstvorschriften

namentlich für diejenigen Betriebe der Munitions- und
Schwerindustrie erlassen soll, die besonders gesundheitsge-
fährlich sind; ferner, daß die Kräfte der Abteilung für Arbeiter-
schutz des Statistischen Amtes vermehrt werden. Er wies darauf
hin, daß während der Krieges bedeutend mehr Frauen und
Jugendliche eingestellt worden sind, als dies früher der Fall
war und daß ein Teil dieser Arbeiter unter sehr ungenügenden
Verhältnissen beschäftigt werde. Hier für den nötigen Schutz zu
sorgen, sei unerlässlich. Ganz besonders wünschenswert wäre es,
wenn die Arbeitsstunden nicht allgemein durchgesetzt würde.
Besonders rügte der Redner, daß im Widerspruch zu den Ver-
sprechungen, die die Reichsleitung gegeben hat, Frauen auch
unter Tage beschäftigt würden.

Unterstaatssekretär Dr. Richter versichert, daß schon jetzt für
den Schutz der jugendlichen Personen und der weiblichen Arbeiter
alles gethe, was irgend möglich sei. Für neue ge-
sundheitliche Eingriffe sei aber jetzt nicht die rich-
tige Zeit. Der Reichsausschuß habe von seiner Befugnis, während
des Krieges einzelne Betriebe von Arbeiterdienstvorschriften zu be-
freien, keinen Gebrauch gemacht, sondern die Genehmigung solcher
Ausnahmen den Landesbehörden überlassen, weil diese besser als
das Reichsamt des Innern feststellen können, ob die besonderen
Verhältnisse des Falles ein solches Entgegenkommen rechtfertigen.
Die Arbeitsstundenfrage der Frauen lasse sich nicht über-
all durchzuführen, weil sie auch in die Arbeitszeit der männlichen Ar-
beiter eingreife würde. Wo für die Frauen längere Arbeitszeit
zugelassen sei, werde dem Gesundheitschutz der Arbeiter besondere
Aufmerksamkeit zugewendet. In den feindlichen Ländern wären
die Zustände noch viel schlechter. Eine Beschäftigung der Frauen
in Bergwerksbetrieben unter Tage lehnen das Reichsamt des
Innern und ebenso der preussische Handelsminister unbedingt ab.
Die Unfallvorschriften, die im Frieden erlassen worden sind, gelten
im vollen Umfange auch während des Krieges weiter. Hierbei
sind neue Unfallverhütungsbestimmungen erlassen worden mit be-
sondener Rücksicht auf die jegliche Vermehrung der Frauenarbeit. Das
Reichsamt stelle jetzt eine größere Zahl weiblicher Fabrikinspektoren
ein. Es seien auch Vorkehrungen getroffen, die Erfahrungen mit
den Frauen- und Jugendarbeit während des Krieges zu
sammeln, statistisch zu bearbeiten und für die spätere Regelung der
Verhältnisse in der Friedenszeit zu benutzen.

Abg. Bruhs (Dt. Fr.) wendet sich gegen die Anträge.

Abg. Gethin (Sp.) findet es verfehlt, wenn über Unfälle in
Munitionsbetrieben nicht in den Zeitungen berichtet werden dürfe.

Abg. Luars (Soz.) wünscht, daß die Erhebungen und Anord-
nungen des Reichsamts des Innern über die Arbeit der Frauen
und Jugendlichen dem Ausschusse mitgeteilt werden.

Abg. Böhmer (Soz. Arb.) begründet den Antrag, daß das
Gesetz vom 4. August 1914, welches Ausnahmen von den Arbeiter-
schutzbestimmungen zuläßt, jetzt endlich außer Kraft gesetzt werde.

Abg. v. Brockhausen (L.) und Abg. Dr. Frick (nall.) sprechen
gegen die Anträge.

Alle Anträge wurden sodann gegen die
Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Abg. Gsch (Soz.) begründet den Antrag, den

Lebens- und Lebenslohn

für die offenen Verkaufsstellen allgemein auch für die Friedens-
zeit durchzuführen und abweisend einen Antrag, wonach die Arbeits-
zeit der Bureauangestellten eine Stunde vor der üblichen Lebens-
lohnstunde, spätestens um 6 Uhr abends beendigt sein muß und
acht Stunden werktäglich nicht überschreiten darf.

Abg. Viehling (Sp.) spricht sich gegen den Antrag aus, da ein
derartiger allgemeiner Eingriff bedenklich sei. Die Verhältnisse
an den einzelnen Orten seien zu verschieden.

Unterstaatssekretär Dr. Richter hat um Ablehnung der An-
träge. Sehr bedenklich sei es, eine Notmaßnahme der Kriegszeit
durch ein Gesetz auf die Friedenszeit zu übertragen.

Auch diese Anträge wurden gegen die Stim-
men der Sozialdemokraten abgelehnt.

Ferner liegt ein Antrag der Sozialdemokraten vor, die Unter-
stützung für die Familien der Kriegsteilnehmer, die für die Winter-
monate für die Weisung monatlich 20 M. und für die anderen Ver-
fahren 10 M. beträgt, auch im Sommer weiter zu zahlen.

Ministerialdirektor Dr. Luars teilt mit, daß der Bundesrat
dies bereits beschlossen habe und die neue Verordnung
in den nächsten Tagen veröffentlicht werde.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.) begründet den Antrag der Sozial-
demokraten, daß die **Wohndienste** ausgedehnt werde auf die Ober-
frauen der im Auslandischen Hilfsdienst tätigen Per-
sonen, soweit Bedürftigkeit im Sinne der Verordnung über die
Wohndienste vorliegt.

Ministerialdirektor Dr. Luars spricht sich gegen die An-
regung aus, da die wirtschaftliche Lage der Hilfsdienstpflichtigen
von der der Kriegsteilnehmer sehr abweiche. Die Hilfsdienstpflichtigen
erhalten ihre regelmäßigen, zum Teil hohen Löhne und Gehäl-
ter, und bei Trennung von der Familie würden noch besondere Aus-
schläge gemacht. — Hieran schloß sich eine sehr eingehende Aus-
sprache, an der der Staatssekretär Dr. Helfferich, die Abgeord-
neten Dr. David und Hoch sich beteiligten und die schließlich
dazu führte, daß die Regierung sich bereit erklärte, der An-
regung Folge zu geben. Die finanziellen Rücksichten, so führte
der Staatssekretär aus, dürften in dieser wichtigen Angelegenheit
nicht entscheidend sein. — Darauf wurde der Antrag der
Sozialdemokraten einstimmig angenommen.

Dieser angenommen wurde ein Antrag der Arbeitergemeinschaft,
daß die Unterstützung der Kriegswidmerten von 1 M. auf 1,50 M.
erhöht werde.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.) begründete ferner einen Antrag,
der eine Erhöhung der **Invaliden- und Hinterbliebenenrente** sowie
in gewissen Grenzen auch der **Widowsrente** fordert. Auch diese
Erhöhung, so führte der Redner aus, sei die unvermeidliche Folge
der jetzigen Lage.

Ministerialdirektor Dr. Luars trat diesen Anträgen entgegen,
da sie erhebliche Mehrausgaben verursachen würden. Wo Gärten
vorliegen, müsse die Kriegswidmertenrente der Gemeinden ein-
gegriffen, in der bekanntlich das Reich Zuschüsse leistet.

Aber hier wurde nach einer längeren Auseinandersetzung
wenigstens das erreicht, daß die Regierung zusagte, es solle angeregt
werden, daß der Bundesrat seine Anweisung über die Verwendung
des 200-Millionen-Fonds ändere, um die Erhöhung der Rente
in allen den Fällen zu ermöglichen, in welchen es nötig erscheint.
Dagegen wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt.

Abg. Dr. Luars wies darauf hin, daß die Reichsleitung ein
Kundenscheibenerlassen habe, in welchem Unternehmungen für die
Familien bestraffter Kriegsteilnehmer empfohlen
werden, wenn die Familienunterstützung wegfalle. Er regte an,
diesem Kundenscheibenerlassen und namentlich die Landes-
behörden bringend zu ersuchen, der Anregung Folge zu leisten. In
den Landorten werde vielfach nicht danach gehandelt.

Dr. Luars versprach, daß der Anregung Folge gegeben werden
soll.

Abg. Meyer-Herford (nall.) regt an, daß denjenigen

Kriegsfrauen,

welche Arbeit verrichten, nicht der ganze Verdienst von der Kriegs-
unterstützung abgezogen werde. Auf der anderen Seite sollte den
jenigen Kriegsfrauen, die unbeschäftigt die Arbeit verweigern, in
geeigneten Fällen nicht die volle Unterstützung gezahlt werden.

Ministerialdirektor Dr. Luars teilte mit, daß häufig darüber
Beschwerden eingelaufen seien, daß Kriegsfrauen unbeschäftigter-
weise die Arbeit verweigern. Auf der anderen Seite liegen aller-
dings auch Klagen darüber vor, daß arbeitenden Frauen der ganze
Arbeitsverdienst von der Familienunterstützung abgezogen werde.
Die Reichsleitung habe daher einen Erlaß herausgegeben, in welchem
sie empfehle, den arbeitenden Kriegsfrauen nicht engherzige Abzüge
zu machen, aber mit Abzügen gegen solche Kriegs-
frauen vorzugehen, die unbeschäftigterweise die Arbeit ver-
weigern.

Abg. Gsch (Soz.) hält es für sehr bedenklich, in dieser
Weise gegen die Frauen vorzugehen, die die Arbeit verweigern. Eine
große Zahl Kriegsfrauen sei infolge der ungenügenden Ernährung
nicht mehr voll arbeitsfähig.

Der Staatssekretär des Innern gab eine eingehende Darstellung
unserer

wirtschaftlichen Verhältnisse zu Oesterreich-Ungarn

und der Aufgaben und Ziele der wirtschaftlichen Annäherung
zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn sowie der bisher auf
diesem Gebiet zwischen den beteiligten Regierungen geführten Ver-
handlungen. Er wies insbesondere darauf hin, daß sich eine wirt-
schaftliche Annäherung keineswegs in sozialpolitischen Vereinbarun-
gen erschöpfe, sondern daß daneben Abmachungen im Verkehrs-
wesen, im Viehwesen, im Wohnrecht und in anderen wirtschaft-
lichen und kulturellen Angelegenheiten eine sehr bedeutende Rolle
spielen. Nach dem Zustandekommen des Ausgleichs zwischen Oester-
reich und Ungarn würden die Verhandlungen über eine Annäherung
in kurzer Zeit weitergeführt werden. Die einzelnen Parteien
legten ihre Stellung zu diesen Bestrebungen eingehend dar.

Abg. Schulz-Erhart begründete einen Antrag, der eine Reichs-
schulkonferenz für die Zeit nach dem Kriege fordert. Der
Antrag wurde von der Regierung wegen verfassungsmäßiger Be-
denken abgelehnt. Diesen Bedenken schloßen sich auch Graf Weizsäcker,
das Zentrum und ein Teil der Nationalliberalen an. Trotzdem
wurde der Antrag mit 12 gegen 10 Stimmen angenommen.
Ferner wurde angenommen ein Antrag der Nationalliberalen, daß
dem Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge für das Etats-
jahr 1917 wiederum ein Zuschuß von 100 000 M. aus Reichsmitteln
bewilligt werde. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wurde
ein Antrag der Nationalliberalen angenommen, der einen Ge-
sellschaftsbeitrag zur Bekämpfung der Animerkneiper, Anos usw.

Das Zentrum hatte beantragt, der Reichstag solle die Auf-
hebung der Bundesratsverordnung über die Sommerzeit ver-
langen. Abg. Gsch (Soz.) begründete den Antrag mit dem Hinweis
darauf, daß namentlich in der Landwirtschaft die Sommerzeit sich
nicht bewährt habe.

Ministerialdirektor Luars teilte mit, daß eingehende Erhebun-
gen über die Erfahrungen mit der Sommerzeit vorgenommen seien.
Das Ergebnis sei, daß die allermeisten Gutachten sich für die
Sommerzeit erklärten. Allerdings seien auch einige Mißstände
eingetreten. Diese sollten in diesem Jahre beseitigt werden.

Der Antrag des Zentrums wurde schließlich gegen die Stimmen
des Zentrums und der Konservativen abgelehnt.

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag statt. Zur Ver-
handlung kommen die Steuerentwürfe.

Zur Kriegshinterbliebenen- Fürsorge.

Die Notwendigkeit, den Hinterbliebenen der im Kriege
Gefallenen nicht bloß materiel durch die Militär- und Sozial-
versicherungsorganen, sondern darüber hinaus durch besondere
Fürsorgeorganisation zu helfen, ist nicht geringer wie bei den
Kriegsbeschädigten. Die wirtschaftliche Existenz ist bei den
Kriegswitwen durch die Notwendigkeit, Haushaltsführung und
Erwerb zu vereinigen, sich in kurzer Frist wirtschaftlich selbst-
ständig zu machen und gleichzeitig ihre häuslich-mütterlichen
Aufgaben und Pflichten in vollem Umfange weiter zu erfüllen,
vielfach bedroht. Geschäftsgewandtheit, Kenntnisse, Erfahrungen,
die sich grundlegenden Wechsel erleichtern könnten, mangeln viel-
fach. Scheitern die Witwen an den Verhältnissen der neuen
Lebensgestaltung, so gerät nicht nur ihre eigene Existenz ins
Wanken, sondern auch die ihrer Kinder; ihnen, die ganz hilf-
los sind, geht in solchem Falle nicht bloß der Ernährer, sondern
das geordnete elterliche Heim, die unerlebbare Grundlage
ihres körperlichen und geistigen Gedeihens verloren. Soweit
als irgend möglich, muß den Kindern dadurch geholfen werden,
daß man der Mutter hilft; nur, wo das nicht genügt, oder
wo auch die Mutter fehlt, sollen und müssen sie selbst Gegen-
stand unmittelbarer Fürsorge sein. Auf alle Fälle aber muß
aktiv, durch Rat, Leistung, Unterstützung, Sicherung geholfen

werden; die Hilfe ist hier, genau so wie bei den
Kriegsbeschädigten, nur der Anfang, der Unterbau der Für-
sorgefähigkeit.

Diese Fürsorgefähigkeit kann, wenn sie wirksam sein soll,
nur lokaler Art sein. Heute erstreckt sich ein dichtes Netz ört-
licher Fürsorgestellen für Kriegshinterbliebene über das ganze
Reichsgebiet. Alle diese Stellen haben einen amtlichen Kern;
ein Beamter — meist ein Vertreter der lokalen Selbst-
verwaltung — oder eine in irgend einer Form mit amtlicher
Autorität ausgestattete Persönlichkeit steht an ihrer Spitze.
Das ist schon deshalb nötig, weil die Ermittlungen und An-
träge der Stellen die Grundlage für die Rentenbewilligungen
der Militärverwaltung, also für die Verwendung öffentlicher
Gelder bilden. Aber nur der Kern ist amtlich, die Mit-
arbeiter, denen die praktische Durchführung der Fürsorge ob-
liegt, sind Privatpersonen aus allen Kreisen und Berufen.
Der immer in den Ehrenamt der Hinterbliebenenrente
treten will und die persönliche Eignung dafür mitbringt, ist
willkommen.

Die Fürsorgestellen sollen vor allem den geschäftlich oft
hilfslosen Hinterbliebenen die Erlangung der Renten und Zu-
wendungen vermitteln, auf die sie rechtlich Anspruch haben
oder die ihnen doch nach bestehenden Vorschriften aus öffent-
lichen Mitteln zugebilligt werden können.

Wie bei der Verwirklichung ihrer öffentlich-rechtlichen,
so muß die Fürsorgestelle die Hinterbliebenen natürlich auch
bei der ihrer privaten Geldansprüche unterstützen. Sie muß
ihnen bei der Erhebung von Lebensversicherungssummen, bei
der Eintreibung hinterlassener Forderungen, bei der Regelung
der Nachlassangelegenheiten zur Seite stehen. Wo die all-
gemeine, öffentlich-rechtliche Versorgung nach der besonderen
Lage der Dinge nicht ausreicht und die Not des Augenblicks
das gebietet, fordert, wird sie ihnen zur Ergänzung ihrer
Bezüge aus öffentlichen Mitteln Unterstützungen aus privaten
Gaben und Stiftungen zuführen, wie sie fast allerorts ver-
fügbar oder zu beschaffen sind.

Die Fürsorgestelle hat dann weiter die Witwe bei der
Neuregelung ihrer Erwerbsverhältnisse zu unterstützen. Berufs-
beratung, Arbeits- und Stellenvermittlung, Hilfe beim
Erwerb von Kenntnissen und Fertigkeiten zur Verwirklichung
gehört hierher. Die persönliche Eignung der Witwe ist zu
prüfen, wirtschaftlich oder sozial bedenkliche, vermutlich zu
Mißerfolg und sozialem Sinken führende oder das häusliche
Leben und die Wohlfahrt und Entwicklung der Kinder ge-
fährdende Berufs- und Erwerbspläne sind zu bekämpfen, an
ihre Stelle zweckmäßige und erfolgversprechende zu setzen.
Beziehungen und Zusammenhänge, die die neue Lebens-
gestaltung erschweren und sichern können — z. B. solche der
Familie oder solche, die aus dem früheren Berufe des Mannes
herrühren — sind zu ermitteln. Auch die Kapitalabfindung
kann — mit der nötigen Vorsicht — in den Dienst der Be-
rufsberatung gestellt werden.

Weiter sind die häuslichen Verhältnisse neu zu ordnen.
Die Haushaltsführung muß entsprechend der veränderten
Haushaltsgröße und dem veränderten Einkommen umgestaltet,
in der Regel wohl eingeschränkt werden. Von unwirtschaft-
licher Weiterführung auf dem alten Stande ist abzuraten;
auf der anderen Seite ist aber auch die überhaltete Ver-
schleuderung von Werten, sind unnötige Ausgaben für plötz-
liche Änderungen zu verhüten. Hinterlassene Schulden —
Haushalts- wie geschäftliche — müssen so vorteilhaft wie
möglich geregelt werden.

Für die Kinder wird am besten dadurch gesorgt, daß man
der Mutter ausgiebig hilft. Oft wird es aber doch nötig sein,
sich ihrer unmittelbar anzunehmen. Es kann das Bedürfnis
entstehen, sie zeitweise außerhalb des mütterlichen
Hauses, in gesunden und geregelten Verhältnissen unter-
zubringen, bis der Mutter die Anpassung an die neue wirt-
schaftliche Lage, die Überwindung der Übergangsschwierig-
keiten gelungen ist. Es kann wünschenswert erscheinen, ihnen
vorübergehend oder auch regelmäßig Vorteile und Leistungen
zu vermitteln, die zu gewahren die Mutter wirtschaftlich zu
schwach ist — z. B. Erholungsurlaube, besondere ärztliche
Behandlung, besonderen Unterricht. Die Mittel dazu können
außer Wohlfahrtseinrichtungen und Stiftungen aller Art (in
erster Linie die „Nationalstiftung“) auch durch die neue Ein-
richtung der Kriegspatenschaften aufgebracht werden. Endlich
kann es erforderlich werden, die Kinder ganz zu
verpflegen, sie in Waisenhäuser aufzunehmen oder
ihnen zur Adoption seitens zuverlässiger Ehepaare
zu verhelfen. Das soll nur geschehen, wenn die Mutter wirt-
schaftlich oder sittlich verlagert und auch die Familien der Eltern
keinen ausreichenden Rückhalt bieten. In solchen Fällen aber
müß es auch geschehen.

Es ist, wie man sieht, eine Fülle von Aufgaben, die den
Fürsorgestellen zur Lösung anvertraut sind. Die Arbeit dieser
Stellen kann und wird nicht bloß unendlich viel Einzelheit
involviert; sie wird auch für die Gesundheit, die Kraft und die
Wohlfahrt der kommenden Generation unschätzbare Werte er-
halten, schaffen und weiterentwickeln.

Aus Groß-Berlin.

Aus dem Beirat für Massenpeisung.

In der letzten Sitzung des Berliner Beirats für Massenpei-
sung wurde von Seiten des Magistrats zunächst ein allgemeiner
Ueberblick über den augenblicklichen Stand der Massenpeisung
gegeben. Daraus ist zu entnehmen, daß die Speisung gegenwärtig
den höchsten Stand von 153 000 Teilnehmern erreicht hat. Als
hochwertig wurde hervorgehoben, daß in den letzten beiden
Wochen ein Rückgang der Massenpeisung eingetreten ist. Diese
Erscheinung wurde mit der Vermehrung der Fleischration von 20
auf 30 Gramm in Verbindung gebracht. Um dem Fahrpersonal,
das tagsüber unterwegs ist, Gelegenheit zu geben, in einer be-
liebigen Küche essen zu können, ist die Einführung einer sog.
Wanderpeisefabrik geplant. In Zukunft sollen die Speisereize,
die bisher die Städtische Selbstverwaltung erhielt, an Mitglieder des
Beirats Berliner Volkseigenen abgegeben werden. Der Selbst-
kostenpreis einer ganzen Portion Essen stellt sich nach den ange-
gebenen Berechnungen auf ungefähr 46 bis 47 Pfennig. Es wurde
erzogen, ob angesichts der Finanzlage der Stadt eine angemessene
Erhöhung bis zur Höhe des Selbstkostenpreises geboten erscheine;
ein Beschluß wurde indes noch nicht gefaßt.

Von den sozialdemokratischen Vertretern wurden sodann eine
Reihe von Vorschlägen vorgetragen, über die im einzelnen bereits
vom „Vorwärts“ berichtet worden ist. Es wurde lebhaft bemängelt,
daß trotz aller Beschränkungen, die die Verhältnisse der jetzigen
Zeit mit sich bringen, die Organisation dieser Einrichtung mancher-
lei Mängel aufweist und Abhilfe daher dringend erforderlich sei.
Besonders das Überlange Warten bei der Ausgabe der Speise-
sowie die an dieser Stelle des öfteren geräuschevolle, daß Speise-
teilnehmer wieder forgeben mußten, ohne Speise erhalten zu haben,
wurde in den Bereich der Erörterung gezogen. In manchen Aus-
gabestellen mangelte es auch dem Personal an dem nötigen Taft

Michaelis 17. in Verbindung zu setzen. — S. W. 1000. 1. Rein...
 2. No. allerdings nur teilweise. — S. R. 100. Theodor...
 Berlin, Chausseest. 121. — W. R. 100. Kriegsmaßbedarf...
 Berlin SW 48, Verlängerter Oedemannstr. 1-6. — R. R. 100. In...
 die hiesige Reichsdeputation, Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 83-85. Um...
 helfen geschieht dies persönlich. — S. 44. Den Lehrvertrag können Sie...
 nicht lösen. Die Korporation der Kaufmannschaft von Berlin hat...
 männliche Fachschulen für Lehrlinge männlichen und weiblichen Geschlechts...
 (Auskunft im Bureau, Straß. 25, 9-3 Uhr.) In kaufmännischen Höchern...
 unterrichten auch Berliner Fachfortbildungsschulen für Jünglinge und für...
 Mädchen, desgleichen die Berliner Fachfortbildungsschulen für Jünglinge...
 und für Mädchen. Die Fachfortbildungsschule Alte Jakobstr. 127 dient als...
 besondere kaufmännische Bildungseinheit für Mädchen. Besuch dieser An-...
 stalt oder Besuch der von der Kaufmannschaft unterhaltenen Schulen für...
 Jünglinge und für Mädchen gilt als Ersatz für Fachfortbildungsschulbesuch...
 — S. W. 52. 1. Die Berliner Bauverwaltung zahlt für die von ihr...
 in Pflege gehaltenen Kinder seit 1. Januar 1917 ein monatliches Pflege-...
 geld eintr. Kriegszulage 25,00 M bis zum Alter von 1 1/2 Jahren, bei...
 zunehmendem Alter weniger. Die Berliner Armenverwaltung zahlt für...
 die von ihr unterstützten Kinder ein monatliches Pflegegeld, das nach dem...
 Grad der Behinderung schwankt und jetzt durchschnittl. etwa 10 M. beträgt. 2. So.

Neue Blusen!



Zimmer mehr in letzter Zeit hat sich — den herrschenden Umständen entsprechend — das Tragen von Bluse und Rock als willkommener

„Kleid-Ersatz“

eingebürgert. Und dieser Mode, die gleich sparsam und praktisch ist, haben wir uns angepaßt, indem wir bestrebt waren, die Blusen ganz besonders mannigfaltig und in kleidsamen, schönen Formen und Mustern zu bringen.

- A. Gestreifte Taftbluse in sehr aparten Farben, mit dem neuen weiten Kapuzinertragen, mit niedlich weißer Einfassung und Schleife **19.75**
- B. Praktische Hausbluse in frischen gedeckten Blumenmustern und mit besonders feinen, ganz neuartig vergierten weißen Kragen und großer Schleife **12.50**
- C. Karirierte Seidenbluse in vielen ansprechenden Farbzusammenstellungen, mit einfarbigem Krage und Samtkravatte **18.75**
- D. Elegante Besuchbluse aus hellfarbigem Chinalin, mit entzückend zarten Stiderei-Einsätzen, auch am Krage, und reicher Hoofsaum-Verzierungen **26.00**

Königstraße 33
 Am Bahnhof Alexanderplatz.

Chausseestrasse 113
 Beim Stettiner Bahnhof.

Sonntags geschlossen.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drochsenführer
Gottlieb Belch
 am 4. März im Alter von 87 Jahren verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 10. März, nachmittags 8 Uhr, von der Leichenhalle des 2. Schönberger Seemannschießplatzes, Oststraße, Südostgelände, aus statt.
 Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drochsenführer
Hermann Schonert
 von der Firma Opel, Memeler Straße 28, am 5. März im Alter von 56 Jahren verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 10. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Richthofes, Landsberger Allee, aus statt.
Nachruf.
 Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener
Artur Hensel
 am 2. Februar im Alter von 21 Jahren verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Bezirksverwaltung

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Hülsenmonteur
Emil Menzel
 Hebenwalder Str. 43, am 4. März verstorben ist.
 Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 8. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kasarath-Richthofes in Reinickendorfer-Weiß aus statt.
 Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Gustav Martin
 Douchéstr. 21/22, am 2. März verstorben ist.
 Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 8. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Baumgartenweg, Kiehlholzstr., aus statt.
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Ortsverwaltung.
 181/9 Die Ortsverwaltung.
 Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und guter Vater meines einzigen Kindes, am 21. Februar an seiner schweren Verwundung im Lazarett verstorben ist.
 Dies zeigen Hestbehräft an 333
Die trauernde Gattin
Berta Rimkus
 und Sohn Fritz.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
 Zweigverein Berlin.
 Bezirk Neukölln.
 Am 6. März 1917 nach unser Mitglied, der Maurer
Albert Gerstenlauer.
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 9. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
 Ferner zur Mitteilung, daß der Bruder
Wilhelm Becherer
 (Bezirk Steglitz)
 am 27. Februar infolge Wsturzes vom Bau verstorben ist.
 Ehre ihrem Andenken!
 144/12 Die örtliche Verwaltung.
Verein der Freudenker für Feuerbestattung zu Berlin.
 Am 5. März verstorben unser Mitglied, Herr
Emil Lehmann
 Elisabethenstr. 9.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Einäscherung findet am Freitag, den 9. März, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium in der Gerichtstraße statt.
 Um zahlreiche Beteiligung bitten
 Der Vorstand.
 200/1

Deutscher Buchbinder-Verband.
 (Zahlstelle Berlin.)
 Unseren Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Buchbinder
Emil Lehmann
 am 5. März verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Einäscherung findet am Freitag, den 9. März, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße 87 statt.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 25/11 Die Ortsverwaltung.
Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Trauerfeier für unseren lieben Vater
Albert Königsberg
 legen wir hierdurch allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Herren Weibern und Kollegen der Firma Schwarztopf, sowie den Kollegen des Metallarbeiterverbandes und den Mitgliedern des Kaufmanns „Blauweisse“ unseren herzlichsten Dank.
 Die trauernden Hinterbliebenen.
Westmann's Trauermagazin
 Größte Auswahl. Billigste Preise.
 I. Mohrenstraße 37a. (Kolonaden)
 II. Or. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)
 Auswahlsammlungen sofort. Am Samstag 10-12 Uhr geöffnet.

CARDINAL
 ZIGARETTEN sind Qualitätsmarken
FOVEAUX
 RAUCHTABAKE überall erhältlich

Zentralverband der Lederarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.
 Zentrale Berlin I.
Nachruf.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß der Beigewerber
Kasimir Zzirbinsky
 am 2. März verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung fand am 5. März statt. 128/15
 Die Ortsverwaltung.

Am 5. März nach unserm lieben Lehrer und Schmeizetochter
Ww. Elise Schlechtweg
 geb. Ulrich
 im Alter von 25 Jahren.
 In tiefstem Schmerz
 Die trauernden Hinterbliebenen
 Familie August Ulrich.
 Dem Ludw. Schlechtweg.
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 9. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Urnenaus-Richthofes aus statt. 201

In Freien Stunden.
 Homare und Erzählungen für das arbeitende Volk von Hell
 15 St. Buchhandlung Bornhörs, Berlin SW 68, Lindenstraße 8
Kunitzgemeinde Groß-Berlin
 Sonntag, den 11. März 1917, 7 1/2 Uhr, in der Kgl. Hochschule für Musik, Charlottenburg, Passagenstr. 1:
Heinrich Heine-Abend.
 Mitw.: Marg. Walkotte (Rez.), Olga Walkotte (Karl), Karl Kammerwirtzow, Henrik de Vries (Fido), Leo Gollants (Gen.), Jul. Dahike (Klav.)
 Billette zu 50 Pf. u. 1 M. bei Wertheim, Leipziger Str., Bote & Bock, Leipziger Str. und Hensch, Engeliner 15. 1907/5

Spezialarzt Zigaretten
 Dr. med. Coleman
 f. Geschlechtskrankh., Haut-, Hals-, Frauenleid., nerv. Schwäche, Bein-, Kranks., Frühlich-Hanta-Kranks. (Dauer 12 Tage). Behandlung schnell, sicher u. schmerzlos. oh. Berufstör. i. Dr. Homeyer & Co. konz. Labor. f. Blutunters., Fäces im Herz usw.
 gegenüber Panoptikum Ecke Neue Friedrichstr. Friedrichstr. 81.
 Spr. 10-1 u. 3-5, Sonn- 10-1. Honorar mäßig, auch Teilsahl. — Separates Damenzimmer. —
 direkt von der Fabrik an Originalpreisen
 100 Zig. Kleinverkauf 1,5 Pfg. 1,50
 100 2 . 2,20
 100 3 . 2,50
 100 4 . 2,80
 100 5 . 3,20
 100 6 . 3,60
 Versand nur gegen Nachnahme von 100 Stk. an.
Zigaretten
 prime Qualität. von 100 — b. 200 — M. p. Mille
Goldenes Haus Zigarettenfabrik
 G. b. m. H.
 Berlin, Friedrichstraße 99.
 Fernspr. Zentrum 1487.